

INFORMATIONEN

aus der amtlichen Statistik

**Nr. 1/ 2005
Januar – März 2005
(1039999-05001)**

Statistisches Bundesamt

Zur Information der Mitglieder des Statistischen Beirats.
Nachdruck oder Berichterstattung nur mit Genehmigung des Herausgebers.

Inhalt	Seite
Frühjahrskonferenz der Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder	5
55. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP)/ 44. EWR-Konferenz	7
Besuche beim Statistischen Bundesamt	8
Besuch von Frau Prof. Dr. Pröhl vom Bundesministerium des Innern	8
Besuch von Frau Köhler, MdB	8
Staatssekretär Dr. Wewer besucht i-Punkt	8
Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen	9
Lange Reihen im Internet	9
Webseite zur europäischen Statistik jetzt auch in englischer Sprache	9
Gemeindeverzeichnis 2003 auf CD-ROM	9
Gesellschaftlicher Nutzen der amtlichen Statistik	10
Eurostat: „Regionen: Statistisches Jahrbuch 2004“	10
Grundsatzfragen der Bundes- und internationalen Statistik	11
Q2004-Proceedings auf CD-ROM	11
WSIS Konferenz: Statistik der Informationsgesellschaft	11
Arbeitsgruppe „Informationsstatistiken“ bei Eurostat	11
Informationstechnologie in Unternehmen und Haushalten 2004	12
Publikation „Statistik ohne Grenzen“ - Statistik-Kooperation mit Reformstaaten und Entwicklungsländern	12
Informationstechnik	12
„eSTATISTIK.core“ – Wirtschaft und Statistik digital verknüpfen	12
Nutzung von Geoinformationen in der amtlichen Statistik	13
Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit	15
Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005	15
Bruttoinlandsprodukt 2004 für Deutschland	16
ILO-Arbeitsmarktstatistik gut aufgenommen	16
Preise	17
Preisstatistik besser verstehen – Im Blickpunkt: „Preise in Deutschland“ und Interaktiver Indexrechner	17
Öffentliche Haushalte und Unternehmen, Steuern	18
Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes sowie des Hochschulstatistikgesetzes	18
Dienstleistungen, Landwirtschaft, Auslandsberichte	19
Fachausschuss Dienstleistungsstatistik	19
Erstmals Ergebnisse der vierteljährlichen Dienstleistungserhebung	20
Veröffentlichungsreihe „Länderprofile“ erfreut sich großer Nachfrage	20
Soziales, Mikrozensus, Private Haushalte	21
Änderungen des Wohngeldgesetzes	21
Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte „Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand“	21
Publikation „Familie im Spiegel der Statistik“	21
Ergebnisse des Mikrozensus 2004	22
Scientific-Use-File des Mikrozensus 2002 für die Wissenschaft zugänglich	22
Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im 1. Halbjahr 2003	22
Neue Erhebung „Leben in Europa“	22
Personalnachrichten	24

Anhang

Tagungskalender

Übersicht über im Jahre 2004 verkündete statistische Rechtsgrundlagen

Sach- und Personenregister zum Jahrgang 2004 der „Informationen aus der amtlichen Statistik“

Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes, Stand: 21. Februar 2005

Frühjahrskonferenz der Leiter der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder

Die Amtsleiterkonferenz diskutierte am 8. März 2005 über die Vorbereitung des nächsten Zensus. In ihren Sitzungen am 7./8. Juli 2004 und 18./19. November 2004 hatte sich die Ständige Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder (IMK) mit dem Bericht der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder über die Ergebnisse des Zensus-tests (Zensus-testbericht) befasst, den Methodenwechsel bestätigt und sich dafür ausgesprochen, den nächsten Zensus in Deutschland nicht mehr in der Form einer traditionellen Volkszählung, sondern registergestützt durchzuführen. Im Hinblick auf die nächste EU-weite Zensusrunde um das Jahr 2010 sind deshalb die methodischen Vorarbeiten für einen registergestützten Zensus mit Priorität fortzuführen und Verfahren weiterzuentwickeln, die eine verbesserte Ermittlung von Ergebnissen in tiefer regionaler Gliederung ermöglichen. Gegenstand des Projektes der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder ist daher die Schaffung der methodischen, organisatorischen und rechtlichen Grundlagen für die Durchführung des registergestützten Zensus in Deutschland im Jahr 2010/2011. Die Amtsleiterkonferenz setzte zur Organisation des Projekts einen Lenkungsausschuss, eine Projektleitung sowie drei Projektgruppen ein. Die Bearbeitung der Aufgaben erfolgt arbeitsteilig zwischen dem Statistischen Bundesamt und den Statistischen Landesämtern unter Beteiligung der Kommunalstatistik und der Wissenschaft. Darüber hinaus hat der Lenkungsausschuss auch die Aufgabe, einen Wissenschaftlichen Beirat einzusetzen.

Der aktuelle Stand der Umsetzung der Empfehlungen des Statistischen Beirats zur Weiterentwicklung der Bundesstatistik und zur Novellierung des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG) wurde zur Kenntnis genommen. Die Amtsleiter werden die weitere Umsetzung aktiv unterstützen.

In diesem Zusammenhang wurde über den aktuellen Stand des Entwurfs der Bundesregierung für ein Gesetz zur Änderung des Statistikregistergesetzes und sonstiger Statistikgesetze vom 21. Januar 2005 (Bundestagsdrucksache 15/4696) berichtet, das vom Deutschen Bundestag am 10. März 2005 in der

Fassung, die der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit empfohlen hat (Bundestagsdrucksache 15/4955), angenommen worden ist. Mit dem Entwurf zur Änderung des Statistikregistergesetzes und sonstiger Statistikgesetze soll erreicht werden, dass auch nach der Änderung der Handwerksordnung nicht nur die Handwerke nach der Anlage A (so genannte Vollhandwerke), sondern auch die jetzt zulassungsfreien Handwerke in die Auswertung des Statistikregisters einbezogen werden dürfen. Durch weitere Gesetzesänderungen soll es den statistischen Ämtern erlaubt werden, bei ihnen vorhandene Daten in größerem Umfang und in einem weniger aufwändigen Verfahren zu verwenden. Darüber hinaus soll eine Neuregelung den Ämtern die Übermittlung von Einzelangaben an die Kommunalstatistikstellen ermöglichen. Bei den Kommunen ist wegen des Wegfalls früherer Großzählungen ein Informationsdefizit entstanden, das durch die Möglichkeit, ausgewählte Daten aus dem Statistikregister zu erhalten, ausgeglichen werden soll. In dem Entwurf ist weiterhin vorgesehen, das Bundesstatistikgesetz um einen neuen § 3a, der die Zusammenarbeit der statistischen Ämter regelt, zu ergänzen, und § 16 Abs. 2 BStatG um die Erlaubnis zur Übermittlung und zentralen Nutzung von Einzelangaben zu erweitern. In § 7 BStatG soll die Zahl der Befragten, die bei Erhebungen für besondere Zwecke erfasst werden dürfen, auf 20 000 erhöht werden.

Seitens der Wirtschaftsministerkonferenz wurde am 2./3. Juni 2004 der Bericht des Bund-Länder-Ausschusses „Statistik“ zu den weiteren Möglichkeiten von Bürokratieabbau im Bereich der Wirtschaftsstatistik und am 8./9. Dezember 2004 der Bericht ihres Ad-hoc-Arbeitskreises „Benennung von statistischen Informationen mit geringem wirtschaftspolitischen Nutzen“ behandelt. Die Wirtschaftsministerkonferenz bittet die Bundesregierung sowie die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder, die in den Berichten vorgeschlagenen Maßnahmen aufzugreifen und zügig umzusetzen. Diese Berichte legen damit Eckpunkte des Datenbedarfs aus Sicht der Wirtschaftspolitik fest. Der Bund-Länder-Ausschuss „Statistik“ wird deshalb im Oktober 2005 einen Fortschrittsbericht für die Frühjahrskonferenz 2006 der Wirtschaftsminister von Bund und Ländern erarbeiten. Der Inhalt des Berichtes wird zum guten

Teil vom Fortschritt der Bund-Länder-Arbeitsgruppe der statistischen Ämter „Reform der Unternehmensstatistik“ abhängen, die die Beschlüsse der Wirtschaftsministerkonferenz in ihre Überlegungen für ein reformiertes System der Wirtschaftsstatistiken einbeziehen wird. Die Amtsleiterkonferenz unterstrich die Notwendigkeit, mit der angestrebten Reform der Unternehmensstatistiken einen substanziellen Beitrag zur Umsetzung der Beschlüsse der Wirtschaftsministerkonferenz zu leisten.

Von der Projektgruppe „PL-Konzept“ wurde ein Bericht über die Einführung des Fachkonzepts für die Plausibilisierung statistischer Daten im Verbund sowie ein Einführungs- und Schulungskonzept für den Statistischen Verbund vorgelegt. Die Amtsleiterkonferenz beauftragte die Projektgruppe „PL-Konzept“ mit der Einführung des PL-Fachkonzepts im Statistischen Verbund und der Vorlage eines Erfahrungsberichts bis zur Sitzung des Ausschusses „Organisation und Umsetzung“ im Frühjahr 2006.

Ein weiterer Diskussionspunkt war das Projekt „Zentrale Aufbereitung der Wanderungsstatistik“. In der Herbst-Amtsleiterkonferenz 2004 wurden das Statistische Bundesamt und das Statistische Landesamt Mecklenburg-Vorpommern damit beauftragt, eine Verfahrensweise für eine dauerhafte zentralisierte Aufbereitung der Wanderungsdaten mit entsprechenden Kostenbeteiligungen zu regeln. Die Amtsleiterkonferenz stimmte dem vorgelegten Verfahren der zentralen Aufbereitung der Bundesdaten der Wanderungsstatistik in Mecklenburg-Vorpommern zu. Die Laufzeit des Projektes wurde zunächst auf vier Jahre festgelegt.

Am 14. Februar 2006 tritt die Verordnung nach § 5 Abs. 2 Bundesstatistikgesetz über konjunkturstatistische Erhebungen in bestimmten Dienstleistungsbereichen (Konjunkturstatistikverordnung – KonjStatV) vom 22. August 2002 außer Kraft. Es war ursprünglich vorgesehen, mit Beginn des Jahres 2006 die Primärerhebungen durch eine Nutzung von Verwaltungsdaten zu ersetzen, wenn die derzeit durchgeführten Tests positive Ergebnisse zeigen. Aufgrund von Verzögerungen bei den laufenden Tests ist jedoch nicht sichergestellt, dass eine Verwendung von Verwaltungsdaten bereits ab 2006 erfolgen kann. Eine Verlängerung der geltenden Verordnung ist nach Maßgabe des Bundesstatistikgesetzes nicht

zulässig, sodass eine neue Rechtsgrundlage vorbereitet werden muss. Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit hat deshalb einen Referentenentwurf für eine zeitlich befristete gesetzliche Regelung erarbeitet, welche – vorsorglich – die Fortführung von Primärerhebungen über die Geltungsdauer der gegenwärtig geltenden Konjunkturstatistikverordnung hinaus ermöglicht. Die Amtsleiterkonferenz begrüßte die gesetzgeberische Initiative der Bundesregierung, damit mit einem zeitlich befristeten Einzelstatistikgesetz die Konjunkturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen nach dem Außer-Kraft-Treten der Konjunkturstatistikverordnung fortgeführt werden kann. Sie nahm zustimmend zur Kenntnis, dass diese Konjunkturerhebung über eine Verordnungsermächtigung flexibel an geänderte Gegebenheiten und Vorgaben angepasst werden soll.

Die EU-Arbeitsgruppe zur Harmonisierung der Verbraucherpreisstatistik hatte auf ihrer Sitzung im Herbst 2004 einen Verordnungsentwurf zur Harmonisierung der Erhebungszeiträume zum Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) verabschiedet. Dieser Verordnungsentwurf wird jetzt dem Ausschuss für das Statistische Programm (ASP) zur endgültigen Verabschiedung vorgelegt. Hintergrund für die Verordnung sind die erheblichen Unterschiede in der derzeitigen Erhebungspraxis der einzelnen Mitgliedstaaten. Aus Sicht des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) und der Europäischen Zentralbank (EZB) beeinträchtigt dies die Vergleichbarkeit sowie die Interpretierbarkeit der nationalen HVPI. Zielsetzung der Verordnung ist es, eine zeitliche Repräsentativität der Stichprobe der Verbraucherpreisstatistik für den gesamten Berichtszeitraum (Monat) sicherzustellen. Die Amtsleiterkonferenz beauftragte die Referentenbesprechung „Preisstatistik“, Leitlinien zur Umsetzung des Verordnungsentwurfs zur Harmonisierung der Erhebungszeiträume zum HVPI auszuarbeiten, die der Intention des Verordnungsentwurfs entsprechen.

In einem weiteren Punkt wurde die Konzeption einer bundeseinheitlichen Kulturstatistik vorgestellt. Das Statistische Bundesamt hatte im Auftrag der Enquete-Kommission „Kultur in Deutschland“ des Deutschen Bundestages ein Gutachten „Methodenkritische Analyse von Basisstatistiken zum Kulturbereich

und Fragen zu einem Anforderungsprofil an eine bundeseinheitliche Kulturstatistik“ erstellt. Die Enquete-Kommission hatte das Statistische Bundesamt gebeten, im Anschluss an das Gutachten Gespräche mit den zu beteiligenden Gremien, Stellen und Fachleuten aufzunehmen. Der Fachgesprächskreis Kulturstatistik der Kultusministerkonferenz wird sich auf seiner nächsten Sitzung mit dem Gutachten und möglichen Empfehlungen zur Konzeption einer bundesweiten Kulturstatistik befassen. Die Statistischen Ämter der Länder sind im Fachgesprächskreis durch die Statistischen Landesämter Baden-Württemberg, Hessen und zukünftig auch Nordrhein-Westfalen vertreten. Die Leiter der Statistischen Landesämter nahmen den Bericht des Statistischen Bundesamtes zur Kenntnis und dankten dem Statistischen Bundesamt für die konzeptionellen Arbeiten auf dem Gebiet der Kulturstatistik.

Die Amtsleiterkonferenz befasste sich außerdem mit einem Bericht über die ersten Erfahrungen beim Mikrozensus ab 2005. Als Fazit ist festzuhalten, dass der Start des unterjährigen Mikrozensus – trotz einiger Probleme bei den IT-Programmen – als gelungen bezeichnet werden kann. Weiterhin nahm sie den Bericht über den Stand der Arbeiten zur ILO-Telefonstichprobe zur Kenntnis. Am 1. März 2005 wurde als erste reguläre Veröffentlichung das Ergebnis für Januar 2005 der ILO-Arbeitsmarktstatistik bekannt gegeben. Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass die Erstveröffentlichung in den Medien auf eine große Resonanz gestoßen ist.

55. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP)/ 44. EWR-Konferenz

Unter Beteiligung der Leiter der Statistischen Zentralämter der Europäischen Union (EU) fand am 24. Februar 2005 die 55. Sitzung des Ausschusses für das Statistische Programm (ASP)/ 44. EWR-Konferenz in Luxemburg statt.

Der ASP hat dem Entwurf einer Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates über die Statistik des Güterverkehrs auf Binnenwasserstraßen einstimmig zugestimmt. Die Verordnung soll die bisherige Rechtsvorschrift für diesen Bereich (Richtlinie 80/1119/EWG) ersetzen. Im Rahmen der Verordnung

sollen künftig u.a. Daten zum Containerverkehr der Binnenschifffahrt bereitgestellt werden. Die Beratungen des Verordnungsentwurfs werden von Rat und Parlament im Rahmen des Mitentscheidungsverfahrens fortgesetzt werden.

Der ASP verabschiedete den von einer Task Force erarbeiteten Entwurf eines Verhaltenskodex für die europäische Statistik. Der Rat der Wirtschafts- und Finanzminister der Mitgliedstaaten der EU (ECOFIN) hatte im Juni 2004 die Europäische Kommission ersucht, bis Juni 2005 einen Vorschlag für Mindeststandards zur Stärkung der Unabhängigkeit, der Integrität und der Rechenschaftspflicht der Statistischen Ämter der Mitgliedstaaten vorzulegen. Die Stellungnahme der Kommission an den ECOFIN-Rat wird auf dem vom ASP verabschiedeten Kodex basieren. Die Europäische Kommission wird in Kürze entscheiden, ob sie eine Empfehlung der Kommission an den Rat oder eine Empfehlung des Europäischen Parlamentes und des Rates vorsieht. Zur Überprüfung der Einhaltung des Kodex beabsichtigt die Europäische Kommission, in mehrjährigen Abständen Berichte der Kommission an das Europäische Parlament und den Rat zu verfassen – auf der Basis von Berichten der nationalen statistischen Ämter und der Stellungnahme des ASP. Ergänzend könnten so genannte „Peer Reviews“ unter Federführung des ASP durchgeführt werden.

Der Vizepräsident des Statistischen Bundesamtes stellte die Ergebnisse und Vorschläge der Task Force zur Einrichtung von Kompetenzzentren und –netzwerken [Centres and Networks of Excellence (CENEX)] im Rahmen des Europäischen Statistischen Systems (ESS) vor. Um das Konzept zu testen, sollen im Jahr 2005 zwei von der Kommission finanzierte Pilotprojekte beginnen, die sich mit den Prioritäten des Statistischen Jahresprogramms decken (voraussichtliche Themen: hedonische Preismessung und statistische Geheimhaltung).

Der ASP sprach sich im Grundsatz für die vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) vorgeschlagene Reform der Agrarstatistik auf EU-Ebene und den vorgesehenen Zeitplan aus. Ziel ist es, die Belastung der betroffenen Betriebe mit Auskunftspflichten zu reduzieren und die Rechtsstruktur der europäischen Agrarstatistiken zu vereinfachen. Eine Vielzahl von Mitgliedstaaten – darunter

auch Deutschland – kritisierte eine Reihe von Einzelvorschlägen. Auf Widerstand stieß vor allem, dass das bisherige System der Agrarstatistik nach den Vorstellungen von Eurostat weitestgehend durch europäische Erhebungen abgelöst werden soll. Auch die Integration landwirtschaftlicher Fragen in Bevölkerungszensuren und in die Arbeitskräfteerhebung wurde kritisiert. Die Ergebnisse des ASP werden in die weiteren Beratungen des Ständigen Agrarstatistischen Ausschusses und der zuständigen Arbeitsgruppen einfließen.

Der ASP sprach sich für den Vorschlag von Eurostat für ein Statistikprojekt im Rahmen des von der Kommission finanzierten Programms IDABC (Erbringung europaweiter elektronischer Behördendienste für öffentliche Verwaltungen, Unternehmen und Bürger) aus. Ziel der vorgeschlagenen Aktivitäten ist es, eine Verbesserung der Organisation und Zusammenarbeit zwischen den statistischen Ämtern im ESS zu ermöglichen. Dies soll u.a. durch ein geregeltes und harmonisiertes Verfahren des Austausches von Daten und Metadaten erreicht werden (XML-basierte Standards, zeitgleiche Veröffentlichung der wichtigsten europäischen Wirtschaftsindikatoren der Mitgliedsstaaten und der EU auf einer Plattform).

Eurostat informierte den ASP über die Ergebnisse der Sitzung des Ausschusses für Statistische Geheimhaltung am 10. Dezember 2004. Der ASP begrüßte die Zielsetzung, den Zugang der Wissenschaft zu statistischen Mikrodaten der Gemeinschaft zu vereinfachen, zu verbessern und – in gewissem Rahmen – zu standardisieren. Unter anderem sollen die bisher sehr langen Fristen zur Bereitstellung von anonymisierten Mikrodatenfiles für die Wissenschaft verkürzt werden. In der zweiten Jahreshälfte 2005 sollen harmonisierte Kriterien für die Messung des Anonymisierungsrisikos und harmonisierte Anonymisierungsmaßnahmen entwickelt werden.

Besuche beim Statistischen Bundesamt

Besuch von Frau Prof. Dr. Pröhl vom Bundesministerium des Innern

Am 18. Januar 2005 besuchten aus dem Bundesministerium des Innern Frau Prof. Dr. Pröhl, die ständige Vertreterin des Abteilungsleiters der Abteilung O, in Begleitung von Frau Huxhold, Referatsleiterin O I, das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Frau Prof. Dr. Pröhl und Frau Huxhold beschäftigen sich mit Verwaltungsmodernisierung und -organisation. Daher war es nahe liegend die Themen Informationsdienstleister Statistisches Bundesamt, Qualitätsmanagement, Strategie- und Programmplan, Produkthaushalt, Controlling/ Steuern mit Kennzahlen sowie Statistik-Online zu besprechen.

Besuch von Frau Köhler, MdB

Die Wiesbadener Bundestagsabgeordnete Frau Kristina Köhler besuchte am 10. Februar 2005 zum zweiten Mal das Statistische Bundesamt in Wiesbaden. Frau Köhler ist im Innenausschuss des Deutschen Bundestages Berichterstatterin für Statistik. Gesprächspunkte bei ihrem Besuch waren der unterjährige Mikrozensus, der registergestützte Zensus, die ILO-Arbeitsmarktstatistik und die Sanierung des Dienstgebäudes. Anschließend hatte Frau Köhler die Gelegenheit zu einem Gespräch mit der Personalvertretung, der Gleichstellungsbeauftragten und der Vertrauensperson der Schwerbehinderten.

Staatssekretär Dr. Wewer besucht i-Punkt

Am 28. Februar 2005 besuchte Staatssekretär Dr. Wewer (BMI) zusammen mit den beiden Referatsleitern seines Hauses, Ministerialrat Rybak (G 3) und Ministerialrat Dr. Rosenthal (Z 1), den i-Punkt des Statistischen Bundesamtes in Berlin am Alexanderplatz. Nach Begrüßung durch den Präsidenten des Statistischen Bundesamtes erläuterte die Leiterin des i-Punktes, RD'n Brunner, dem Staatssekretär die Entwicklung der Servicebereiche und der Nutzeranfrage seit Eröffnung des i-Punkt im Jahr 1999. Mit praktischen Beispielen zum Ablauf eines Arbeitstages im Bundestag, zur Zusammenarbeit mit

den Bundesministerien auf dem Gebiet der Öffentlichkeitsarbeit und zur Gestaltung der EDS-Webseite wurde die Präsentation ergänzt. Den Abschluss bildete auf Wunsch des Staatssekretärs die Vorführung des Kundenmanagements des i-Punkt und des Online-Atlas der Regionalstatistik.

Elektronische Informationsangebote und Veröffentlichungen

Lange Reihen im Internet

Von Nutzern der amtlichen Statistik wurde der Wunsch geäußert, im Internet neben aktuellen, kurzfristigen Indikatoren auch lange Reihen mit wichtigen Eckzahlen zu verschiedenen Themengebieten in leicht erschließbarer Form bereitzustellen.

Dieser Anregung ist das Statistische Bundesamt gerne nachgekommen und bietet seit Ende Februar 2005 einen Grundbestand an Tabellen mit Daten für weiter zurückliegende Berichtsjahre an. Sofern keine fachlichen Hindernisse entgegenstanden – zum Beispiel ein nicht rückrechenbarer Bruch durch den Wechsel von Klassifikationen oder Erhebungseinheiten – reichen die Zeitreihen bis 1950 zurück. Die Berichtszeiträume vor 1990/ 1991 enthalten in der Regel Werte für das frühere Bundesgebiet, danach für Deutschland insgesamt. Nur ausgewählte Themenbereiche wie Löhne und Gehälter oder der Bevölkerungsstand werden für die drei Gebietsstände Deutschland, früheres Bundesgebiet sowie neue Länder und Berlin-Ost getrennt nachgewiesen.

Die neue Rubrik „Lange Reihen“ ist von der Homepage des Statistischen Bundesamtes <http://www.destatis.de> direkt erreichbar und derzeit nach sieben Themengebieten sortiert. Weitere Tabellen bzw. Themengebiete (z.B. Beschäftigte, Umsätze nach Wirtschaftsbereichen, Studierende nach Fächergruppen) sind in Vorbereitung. Für Fragen und Anregungen steht die E-Mail-Adresse indikatoren@destatis.de zur Verfügung.

Webseite zur europäischen Statistik jetzt auch in englischer Sprache

Seit kurzem steht die Webseite des EDS Europäischer Datenservice (<http://www.eds-destatis.de>) in vollem Umfang auch in englischer Sprache zur Verfügung. Der EDS Europäischer Datenservice des Statistischen Bundesamtes hilft allen Nutzern bei der Suche nach Daten aus amtlichen europäischen Statistiken und leistet Hilfestellung beim Umgang mit der neuen kostenfreien Online-Datenbank von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften. Die persönliche Beratung erfolgt sowohl auf Deutsch als auch auf Englisch.

Die Webseite ermöglicht es allen Nutzern, auf die nach Themen oder Produkten gegliederten Daten und Publikationen Eurostats zuzugreifen. Nahezu alle Daten, die von Eurostat veröffentlicht werden, sind kostenfrei und ohne Registrierung abrufbar. Eurostat-Publikationen können in elektronischer Form heruntergeladen oder als Printversion bestellt werden. Informationen zu methodischen Fragen, zu geographischen Daten sowie zu den von Eurostat veröffentlichten Mikrodaten ergänzen das Angebot der EDS-Webseite.

Die Webseite des EDS Europäischer Datenservice liefert auch umfangreiche Informationen zu allen Serviceleistungen des europäischen Auskunftsdienstes. So können beispielsweise Nutzer, die kein Interesse an Eigenrecherchen haben, maßgeschneiderte Datentabellen oder Datenabonnements beim EDS-Serviceteam per Online-Formular bestellen. Darüber hinaus stehen für Journalisten Informationen zu den Pressemitteilungen und dem Pressedienst von Eurostat bereit.

Der Kontakt zum EDS Europäischer Datenservice des Statistischen Bundesamtes kann über Telefon 01888/ 644-9427, Telefax 01888/ 644-9430, E-Mail: eds@destatis.de oder Internet: <http://www.eds-destatis.de> erfolgen.

Gemeindeverzeichnis 2003 auf CD-ROM

Die aktualisierte Gemeinschaftsveröffentlichung der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder „Gemeindeverzeichnis, Stand 31. Dezember 2003“ ist jetzt auf CD-ROM erschienen. Die CD-ROM enthält

die Gemeindeschlüsselnummern für alle selbstständigen Gemeinden Deutschlands und die Zugehörigkeit der Gemeinden zu den übergeordneten Einheiten wie Landkreise, Regierungsbezirke und Bundesländer. Zudem bietet die CD-ROM Angaben über Fläche und Einwohnerzahl sowie die Anschriften der Verwaltungssitze der Gemeinden und der übergeordneten Verwaltungseinheiten.

Die Daten werden in einer netzwerkfähigen Microsoft Access Datenbank unter MS Office XP zur Verfügung gestellt und können menügesteuert abgerufen und in verschiedene Formate exportiert werden.

Die CD-ROM „Gemeindeverzeichnis“ (Hrsg.: Statistische Ämter des Bundes und der Länder, Bestellnummer 8348001-03700-3 – ISBN 3-8246-0738-7, Einzelplatzlizenz: 98,- Euro zzgl. Versandkosten, Erscheinungsweise: jährlich) ist über den Vertriebspartner des Statistischen Bundesamtes erhältlich:

SFG Servicecenter Fachverlage, Part of the Elsevier Group, Postfach 43 43, 72774 Reutlingen,
Telefon: +49(0)7071/ 935350, Telefax: +49(0)7071/ 935335, E-Mail: destatis@s-f-g.com.

Gesellschaftlicher Nutzen der amtlichen Statistik

Unter dem Titel „Gesellschaftlicher Nutzen der amtlichen Statistik“ hat das Statistische Landesamt Baden-Württemberg eine neue Broschüre herausgegeben. Sie zeigt – wie es im Untertitel heißt – 100 Gründe für die amtliche Statistik auf und kann die meist einseitig mit Kosten- und Belastungsargumenten geführte Diskussion über die Rolle und Funktion der amtlichen Statistik um vielfältige Aspekte des Nutzens von Statistiken bereichern.

Anhand von Beispielen aus 22 statistischen Sachgebieten wird dargestellt, was wäre, wenn es diese statistischen Angaben nicht (mehr) gäbe ...

Zwar ist dem Legalisierungsgebot für die Bundesstatistik entsprechend der überwiegende Teil der von der amtlichen Statistik durchgeführten Statistiken durch Gesetz oder Rechtsverordnung angeordnet, in steigendem Maße auch durch Rechtsvorschriften der Europäischen Union. Unabhängig von dieser Legitimation unterstreicht diese Veröffentlichung einmal mehr, was das Bundesverfassungsgericht im Volks-

zählungsurteil vom 15. Dezember 1983 (BVerfGE 65,1) wie folgt formuliert hat:

„Die Statistik hat erhebliche Bedeutung für eine staatliche Politik, die den Prinzipien und Richtlinien des Grundgesetzes verpflichtet ist. Wenn die ökonomische und soziale Entwicklung nicht als unabänderliches Schicksal hingenommen, sondern als permanente Aufgabe verstanden werden soll, bedarf es einer umfassenden, kontinuierlichen sowie laufend aktualisierten Information über die wirtschaftlichen, ökologischen und sozialen Zusammenhänge.“

Die Veröffentlichung „Gesellschaftlicher Nutzen der amtlichen Statistik“ umfasst 33 Seiten und steht im Internet-Angebot des Statistischen Landesamtes Baden-Württemberg unter <http://www.statistik-bw.de/Veroeffentl/GruendeAmtlStatistik.asp> zum kostenlosen Download bereit.

Eurostat: „Regionen: Statistisches Jahrbuch 2004“

Das Jahrbuch enthält Karten, Tabellen, Schaubilder und detaillierte Textbeiträge, die für ein Dutzend verschiedener Themenbereiche regionale Unterschiede in den Mitgliedstaaten der Europäischen Union darstellen.

Zusammen mit der Veröffentlichung wird eine CD-ROM geliefert, die die statistischen Daten, die den Karten zugrunde liegen, sowie die elektronische Fassung des Jahrbuchs in deutscher, englischer und französischer Sprache enthält.

Die diesjährige Ausgabe der CD-ROM umfasst auch einige Texte, die die Einführung der NUTS 2003 Regionalnomenklatur im Jahr 2003 erläutern. Neu in der Ausgabe 2004 sind ein der NUTS Ebene 1 gewidmetes Kapitel sowie die Zusammenführung der bisher getrennten Themenbereiche „Arbeitskräfteerhebung“ und „Arbeitslosigkeit“ in ein Kapitel „Arbeitsmarktstatistik“. Die Ausgabe 2004 des Jahrbuchs ist die erste, die die Nomenklatur NUTS 2003 anwendet und natürlich auch die erste, die über 25 Mitgliedstaaten berichtet.

„Regionen: Statistisches Jahrbuch 2004“ in der Printversion kann zum Preis von 40,- EUR beim Europäischen Datenservice bestellt werden und steht

auch als kostenloser Download im Internet (<http://www.eds-destatis.de>) zur Verfügung.

Grundsatzfragen der Bundes- und internationalen Statistik

Q2004-Proceedings auf CD-ROM

Vom 24. bis 26. Mai 2004 hat das Statistische Bundesamt in Zusammenarbeit mit dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften (Eurostat) in Mainz die European Conference on Quality and Methodology in Official Statistics (Q2004) ausgerichtet. Die Veranstaltung, an der 500 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus rund 50 Ländern teilnahmen, hatte das Ziel, die international führenden Köpfe auf den Gebieten statistischer Methoden und der Qualität von Statistik zusammenzubringen und somit einen Beitrag zu einer intensivierten internationalen Zusammenarbeit zu leisten. Insgesamt 191 Beiträge, die im Rahmen von Q2004 vorgestellt wurden, sind auf der nun vorliegenden CD-ROM „Proceedings Q2004“ enthalten. Die CD-ROM kann zum Preis von 49,- Euro direkt über den Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de/shop>) bestellt werden. Weitere Informationen sind unter <http://q2004.destatis.de> zu finden

WSIS Themenkonferenz:

Messung der Informationsgesellschaft

Zweck der WSIS-Konferenz „Messung der Informationsgesellschaft“ unter der Schirmherrschaft der „Kooperation für die Weiterentwicklung der IKT-Statistiken“ vom 7.-9. Februar 2005 in Genf war es, Vertreter von Einrichtungen aus allen Teilen der Welt zusammenzubringen, die sich mit Fragen der statistischen Erfassung und Messung von modernen Informations- und Kommunikationseinrichtungen (IKT) befassen. Die hier behandelten Themenkreise dienen u.a. zur Vorbereitung eines zweiten Gipfeltreffens vom 16.-18. November 2005 in Tunis. Hier sollen u.a. konkrete Maßnahmen zur Umsetzung eines „Aktionsplans“ (ein Ergebnis neben einer „WSIS Grundsatzerklärung“ des ersten Gipfeltreffens

vom 10.-12. Dezember 2003 in Genf) verabschiedet werden. Einen guten Überblick über die Aktivitäten auf diesem Gebiet gibt <http://measuring-ict.unctad.org>.

Die Schwerpunkte der Präsentationen und Diskussionen konzentrierten sich im Wesentlichen auf folgende Themenkreise:

- eine (Minimal-)Liste von Basisindikatoren, die Aufschluss geben sollen über die Ausstattung, Nutzung und die Auswirkungen von IKT auf Haushalte bzw. Privatpersonen sowie Unternehmen. Vorschläge dazu wurden von einer Vertreterin der OECD vorgestellt die dann am Ende der Sitzung auch als Empfehlung angenommen wurden.
- Präsentationen von Seiten Eurostats sowie von nationalen statistischen Ämtern (wie Deutschland, der Tschechischen Republik und des Vereinigten Königreichs) gaben einen Überblick über die Datenlage in Europa. Die auf der WSIS-Sitzung vorgestellten Präsentationen können unter http://measuring-ict.unctad.org/QuickPlace/measuring-ict/Main.nsf/h_Toc/30B3234BFOC98509C1256F5700692D89/?OpenDocument abgerufen werden.
- organisatorische Maßnahmen und Empfehlungen zur dauerhaften Bereitstellung dieser Daten wie z.B. Finanzierung der Erhebungen.

Arbeitsgruppe „Statistiken der Informationsgesellschaft“ bei Eurostat

Die Arbeitsgruppe Statistiken der Informationsgesellschaft (Information Society Statistics - SIG) bei Eurostat hat vom 27. Februar bis 1. März 2005 in Luxemburg getagt. Im Mittelpunkt dieser Sitzung standen vor allem zwei Themenkreise: die Durchführungsmaßnahmen gemäß der gemeinschaftlichen Verordnung 808/2004 sowie die Fortschreibung der e-Europe-Aktionspläne.

Eurostat beabsichtigt, die Erhebungen bei Haushalten/Einzelpersonen und bei Unternehmen ab 2006 auf die o.g. Verordnung zu stützen. Die Daten werden bislang vor allem durch Pilotstudien bei Haushalten und Einzelpersonen sowie bei Unternehmen erhoben. Dazu muss der Ausschuss für das Statistische Programm (ASP) spätestens auf seiner nächsten

Sitzung im Mai 2005 den entsprechenden Durchführungsmaßnahmen zustimmen. Für diese zukünftigen Erhebungen plant Eurostat inhaltlich eine Zweiteilung. So sollen einige Merkmale jährlich (als so genannte core indicators) und solche zu ausgewählten Themenkreisen nur in mehrjährlichem Abstand erfragt werden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Arbeiten Eurostats ist - in Zusammenarbeit mit vor allem der Generaldirektion Informationsgesellschaft (DG INFSO) - die Fortführung der eEurope Aktionspläne, denn der derzeit geltende Aktionsplan läuft Ende dieses Jahres aus.

Eine erste Sitzung unter dem gemeinsamen Vorsitz der GD INFSO und Eurostat mit Vertretern aus zahlreichen statistischen Ämtern und anderer Behörden der Mitgliedstaaten hat am 10./11. Januar 2005 in Brüssel stattgefunden. Dort bestand weitgehend Einigkeit, dass - anders als in der Vergangenheit - eine größere Flexibilität bezüglich der so genannten e-Europe Benchmarking Indikatoren angestrebt werden soll. Im Vordergrund stehen zur Zeit Breitbandverbreitung/-nutzung und Sicherheitsaspekte von Netzwerken/Anwendungen. Daneben sind von großer Bedeutung e-Skills und e-Health. Die weiteren Aktivitäten sollen auf der nächsten Sitzung im Frühsommer besprochen und auf einer abschließenden Sitzung im September 2005 die weitere Vorgehensweise endgültig festgelegt werden.

Informationstechnologie in Unternehmen und Haushalten 2004

Deutschland hat in Europa bei der Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) zwar keine Spitzenposition inne, liegt aber bei der Internetnutzung über dem europäischen Durchschnitt. Die neuesten amtlichen Daten zur IKT-Nutzung durch Unternehmen und die Bevölkerung Deutschlands – auch im europäischen Kontext – liegen nunmehr in der Broschüre „Informationstechnologie in Unternehmen und Haushalten 2004“ vor, die zusammen mit umfangreichen Tabellen kostenlos im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes heruntergeladen werden kann (<http://www.destatis.de/informationsgesellschaft>).

Publikation „Statistik ohne Grenzen“ - Statistik-Kooperation mit Reformstaaten und Entwicklungsländern

Vor fünf Jahren ist die Gruppe „Statistik-Kooperation“ des Statistischen Bundesamtes im Zuge des Bonn-Berlin Regierungsumzuges nach Bonn gewechselt. Dies war Anlass, die Ergebnisse der Arbeit einmal Revue passieren zu lassen: Rund 1.250 Beratungsmaßnahmen mit ca. 9.500 Teilnehmern auf der Partnerseite lautet kurz gefasst die stolze Bilanz. Darüber hinaus sind in dieser Publikation Informationen zu laufenden und neu gestarteten Projekten der statistischen Zusammenarbeit zu finden. Herauszuheben ist hierbei in erster Linie der erfolgreiche Abschluss des 2-jährigen Twinning-Projekts mit Polen. Weitere Twinning-Projekte unter Mitwirkung des Statistischen Bundesamtes haben begonnen bzw. stehen vor dem unmittelbaren Start. Auch in Bezug auf die aus dem Tacis-Programm unterstützten Staaten gibt es Neuigkeiten. Die Statistik-Komponente des Tacis-6-Programms wurde erfolgreich abgeschlossen und kürzlich erfolgte der Zuschlag an das Konsortium unter Beteiligung des Statistischen Bundesamtes zum Tacis-7-Programm. Diese Publikation ist im Internet zu finden unter http://www.destatis.de/allg/d/veroe/d_pub.htm.

Informationstechnik

„eSTATISTIK.core“ – Wirtschaft und Statistik digital verknüpfen

Die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder haben den 5. eGovernment-Wettbewerb 2005 im Politikfeld „Wirtschaft und Arbeit“ gewonnen. Prämiert wurden sie für die Entwicklung von eSTATISTIK.core, einem neuen IT-Verfahren, mit dem Unternehmen erstmals die Möglichkeit haben, über eine besondere Softwarekomponente statistische Rohdaten aus dem betrieblichen Rechnungswesen automatisch zu gewinnen und diese über das Internet an eine zentrale Statistik-Annahmestelle zu übermitteln. Dort werden die Daten geprüft und an das jeweilige Statistische Landesamt weitergeleitet. Die Lieferung der Rohdaten in einem einheitlichen,

für jede Statistik einsetzbaren XML-Datenformat beschleunigt zudem die Verarbeitung dieser Daten in den statistischen Ämtern. Zu dem Wettbewerb der internationalen Beratungsgesellschaft BearingPoint und Cisco Systems wurden insgesamt 56 Beiträge von Bund, Ländern und Kommunen eingereicht. Das Projekt eSTATISTIK.core der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder hat sich gegen fünf Mitbewerber durchgesetzt.

Bei der Preisübergabe wurde von der Jury betont, dass mit eSTATISTIK.core ein Projekt ausgezeichnet wurde, welches allen Unternehmen, Behörden und Institutionen starke Vereinfachungen bringt.

eSTATISTIK.core entlastet massiv die befragten Unternehmen und bringt den statistischen Ämtern durch die online-gestützte Arbeitsteilung beträchtliche Effizienzsteigerungen. Das neue IT-Verfahren ist seit der CeBIT 2005 für Lohnstatistiken in Betrieb genommen worden. Softwarehersteller, die solche Statistikkomponenten erstellen wollen, unterstützen die amtliche Statistik mit der Softwarebibliothek „CORE.connect“; Nutzer von gängiger Bürosoftware erhalten mit der PC-Anwendung „CORE.reporter“ ein Werkzeug, mit dem sie XML-Datenlieferungen erstellen und versenden können. Die amtliche Statistik bietet im Internet unter <http://www.statistikportal.de/Statistik-Portal/datenOnline.asp> weitere technische Informationen zu eSTATISTIK.core an.

eSTATISTIK.core wurde in Kooperation mit der Arbeitsgemeinschaft für wirtschaftliche Verwaltung e.V. (AWV) sowie namhaften Softwareherstellern und DV-Dienstleistern entwickelt und vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) gefördert.

Nutzung von Geoinformationen in der amtlichen Statistik

Am 3. und 4. März 2005 fand im Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaft (Eurostat) in Luxemburg die jährliche Sitzung der Arbeitsgruppe „Geografische Informationssysteme für die Statistik“ statt. Teilnehmer dieser Veranstaltung sind Vertreter der nationalen statistischen und kartografischen Ämter sowie der Vermessungsverwaltungen. Im Rahmen der Sitzungen werden Informationen zur Erhebung, Harmonisierung, Nutzung und Verbreitung von Geobasisdaten ausgetauscht, die für die natio-

nen Statistikämter der Mitgliedsstaaten und dem Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaft von Bedeutung sind.

Unter Geobasisdaten werden digitale Datenbestände der Vermessungsverwaltungen verstanden, also beispielsweise kartografische Informationen zur Verkehrsinfrastruktur oder zu statistischen und administrativen Gebietseinheiten. Daten der amtlichen Statistik können in Verbindung mit Geobasisdaten für raumbezogene Analysen von soziökonomischen und demografischen Prozessen und Zuständen oder für die Erzeugung neuer statistischer Informationen verwendet werden. Die Ergebnisse dieser Analysen und die neu generierten Statistikdaten stellen wichtige Informations- und Entscheidungsgrundlagen für viele Bereiche der Wirtschaft, der Politik und der Gesellschaft dar. Im Vergleich zu zahlreichen Staaten in der EU und im sonstigen internationalen Raum wird in Deutschland dieses Potenzial raumbezogener Statistikdaten derzeit kaum genutzt.

Im Verlauf der beiden Sitzungstage wurden unter anderem zwei Themen diskutiert, die auch im Statistischen Bundesamt bereits seit einiger Zeit in einem Forschungsprojekt untersucht und durch die Mitarbeit in Fachgremien in ihrer Entwicklung verfolgt und mitgestaltet werden:

Nutzung geografischer Gitter und Rasterkarten für raumbezogene Statistikdaten

Die Nutzung von Rauminformationen für Daten der amtlichen Statistik Deutschlands beschränkt sich derzeit auf administrative Einheiten (z. B. Kreise oder Gemeinden) als räumliche Bezugsebene. Das eigentliche Potenzial des Raumbezuges statistischer Daten kann jedoch auf dieser Ebene nicht erschlossen werden. Für diesen Zweck sind andere Bezugssysteme wie zum Beispiel geografische Gitter besser geeignet. Sie erlauben eine steuerbare Auflösung raumbezogener Statistikdaten, sofern diese sich auf geografische Koordinaten von Adressen beziehen und damit georeferenziert vorliegen. Werden adressscharfe Statistikdaten auf Gitterzellen aggregiert, können sie unter Berücksichtigung des Datenschutzes in Rasterkarten visualisiert und in Geografischen Informationssystemen ausgewertet werden. Durch die Kombination der digitalen Rasterkarten mit weiteren digitalen Raumdaten z. B. zur Verkehrsinfrastruktur oder Siedlungsstruktur kann der Einsatzbereich

raumbezogener Statistikdaten im Bereich der Analyse und Auswertung erheblich erweitert werden.

Einige europäische Staaten (z. B. Dänemark, Schweden, Norwegen, Österreich und die Schweiz) nutzen bereits das Potenzial des Raumbezuges statistischer Daten, die in Gitterzellen gespeichert sind, für die räumliche Analyse und kartografische Darstellung von Statistikdaten. Die Darstellungs- und Auswertungsergebnisse sind wichtige Hilfsmittel für ganz unterschiedliche Anwendungsfälle etwa im Rahmen der politischen Entscheidungsfindung oder für Zwecke der Regionalplanung und der Folgeabschätzung von Katastrophen.

Österreich hat anhand prägnanter Beispiele die Vorteile von Rasterkarten gegenüber administrativen Einheiten bei der Darstellung statistischer Daten erläutert. In den Ausführungen wird der Wunsch geäußert, dass aus Harmonisierungsgründen möglichst bald ein EU-weit gültiges geografisches Gitter für Geofachdaten (z. B. Statistikdaten mit Raumbezug) eingeführt werden sollte. Diese Thematik wurde bereits intensiv auf einem Workshop zu einem Europäischen Referenzgitter in Ispra, Italien im Oktober 2003 diskutiert. Bisher konnten die dort erarbeiteten Vorschläge noch nicht umgesetzt werden. Auch das Statistische Bundesamt sieht die Notwendigkeit der frühzeitigen Einführung eines harmonisierten Referenzgitters, damit nationale Entscheidungen für die technische Ausführung eines geografischen Gitters nicht im Widerspruch zu möglichen zukünftigen Ansprüchen der EU stehen.

Diese Entwicklungen sind für die amtliche Statistik in Deutschland deshalb von hohem Interesse, weil die Leiter der Statistischen Ämter von Bund und Ländern im März 2005 beschlossen haben, den Raumbezug möglichst umfassend für den geplanten registergestützten Zensus in den Jahren 2010/2011 zu nutzen. Es gilt nun die rechtlichen und gesellschaftspolitischen Rahmenbedingungen zur Unterstützung dieser Aktivitäten zu schaffen. Auch sind noch zahlreiche verfahrenstechnische Fragen zur Geheimhaltung verorteter Statistikdaten zu klären. Hierzu hat das Statistische Bundesamt bereits einige methodische Vorarbeiten geleistet und steht mit verschiedenen Mitgliedsstaaten (Slowenien, Österreich und Finnland) im Dialog zu diesem Thema.

Kartografische Präsentation von Statistikdaten im Internet

Estland hat den Einsatz eines Internet Map Servers zur interaktiven Darstellung der Verwaltungsgliederung Estlands einschließlich kartografischer Darstellung der Änderungen dieser Gliederung mit verlinkten Informationen zu den rechtlichen Grundlagen vorgestellt. Die Realisierung einer ähnlichen, wenn auch zunächst weniger komplexen Anwendung plant das Statistische Bundesamt noch für dieses Jahr im Rahmen des neu konzipierten Gemeindeverzeichnisses.

Neben diesen beiden Themen, die für die amtliche Statistik in Deutschland auf Grund eigener vergleichbarer Aktivitäten von besonderem Interesse sind, wurden im Rahmen der Veranstaltung Informationen zu weiteren Aspekten ausgetauscht, die im Zusammenhang mit der amtlichen Statistik stehen. Aus Sicht des Statistischen Bundesamtes ist die Bedeutung dieser Aspekte für die amtliche Statistik in Deutschland zukünftig absehbar, aber bezüglich des Ausmaßes für nationale Entscheidungen und der zeitlichen Wirksamkeit derzeit schwer einschätzbar:

Statistische Gebietseinheiten

Die Statistischen Gebietseinheiten bilden die Grundlage für die Erstellung von Regionalstatistiken durch Eurostat und sind außerdem die Basis für regional differenzierte Entscheidungen der Europäischen Kommission zur Fördermittelzuweisung. Das System der NUTS-Gliederung soll die europaweite Vergleichbarkeit regionalstatistischer Daten erleichtern und damit die Gerechtigkeit bei der Vergabe von Strukturfondsmitteln sicherstellen. Beschrieben sind die drei regionalen Ebenen der NUTS-Einheiten in der „Nomenclature of Territorial Units for Statistics“ (NUTS). Weitere Informationen dazu sind unter http://europa.eu.int/comm/eurostat/ramon/nuts/splash_regions.html einsehbar.

In Deutschland entsprechen die drei NUTS-Ebenen den Verwaltungsebenen „Bundesland“, „Regierungsbezirk“ und „Landkreis“ bzw. „Kreisfreie Stadt“. Andere Mitgliedstaaten haben mittlerweile spezielle statistische Regionen definiert, die der Intention der NUTS-Gliederung näher kommen.

INSPIRE (Infrastructure for Spatial Information in Europe)

INSPIRE ist eine Initiative der Europäischen Union zum Aufbau einer europäischen Geodateninfrastruktur. Mit dieser Initiative sollen Bestrebungen zur europaweiten Harmonisierung von Geobasisdaten, Geofachdaten, Dienste und Standards für Zwecke der Verwaltung, der Wirtschaft und der Öffentlichkeit unterstützt werden. Außerdem soll die Verfügbarkeit dieser Daten und Dienste über Internet-Portale gefördert werden. In der derzeitigen Phase stehen die Daten der Vermessungsverwaltungen und der Umweltbehörden im Fokus. Themenbereiche, die üblicherweise von der amtlichen Statistik abgedeckt werden, sind derzeit in den Vorschlägen der Initiatoren dieser Initiative nur sehr unspezifisch benannt worden.

Die Statistischen Ämter von Bund und Ländern beteiligen sich bereits an vergleichbaren Anstrengungen zum Aufbau einer nationalen Geodateninfrastruktur für Deutschland. Diese wird zukünftig in die europäische Geodateninfrastruktur integriert werden müssen. Ausführliche Informationen zu INSPIRE sind unter <http://www.ec-gis.org/inspire/> verfügbar.

Vorschlag des Nordischen Forums für Geostatistik zur Schaffung einer integrierten europäischen Geodateninfrastruktur

Die Länder Dänemark, Finnland, Norwegen und Schweden haben sich zu einem „Nordischen Forum für Geostatistik“ zusammengeschlossen. Dieses Forum möchte erreichen, dass durch die europaweite, horizontale und vertikale Integration von Geobasisdaten und Geofachdaten eine integrierte Geodateninfrastruktur entsteht. Die horizontale Komponente betrifft die Verknüpfung von sozioökonomischen mit ökologischen Daten. Die vertikale Komponente bezeichnet eine europaweit harmonisierte Dateninfrastruktur von der kommunalen bis zur europäischen Ebene.

Auf der Grundlage dieser Geodateninfrastruktur sollen wirtschaftliche und soziale Entwicklungspotenziale optimiert und der Schutz vor Katastrophen verbessert werden. Das Forum schlägt vor, die Ziele dieser Initiative mit INSPIRE zu verbinden und in Arbeitsgruppen einzelne Teilaspekte zusammen mit den anderen Mitgliedsstaaten zu erarbeiten.

Die Vorgehensweise zur Koordinierung dieser Aktivitäten durch Eurostat wird derzeit diskutiert. Eine mögliche Beteiligung der amtlichen Statistik Deutschlands an statistikrelevanten Teilaspekten dieser Initiative ist von den Ergebnissen der Koordinierungsbestrebungen durch Eurostat und von den verfügbaren personellen Ressourcen abhängig.

Gesamtrechnungen, Erwerbstätigkeit

Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005

In etwa fünf- bis zehnjährigen Abständen werden die Ergebnisse und Methoden der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen vom Statistischen Bundesamt entsprechend internationaler Konventionen grundlegend überarbeitet; zuletzt geschah dies im Jahr 1999.

Solche umfassenden Revisionen sind erforderlich, um

- neue, bislang nicht verwendete statistische Berechnungsgrundlagen einzubauen;
- neue Berechnungsmethoden anzuwenden;
- neue Konzepte, Definitionen, Klassifikationen u.Ä. in das Rechenwerk einzuführen.

Am 28. April 2005 werden die Ergebnisse der aktuellen großen Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen der Bundesrepublik Deutschland erstmalig veröffentlicht.

Zu den wesentlichen Änderungen im Rahmen dieser Revision gehören:

- die Einführung von Vorjahrespreisen an Stelle der bisher üblichen Festpreisbasis

Die Ergebnisse werden nicht mehr wie bisher in Preisen eines festen Basisjahres ausgedrückt (zuletzt in Preisen von 1995), sondern stets in Preisen des jeweiligen Vorjahres (also z.B. Ergebnisse für 2005 in Preisen von 2004). Dadurch werden aktuelle Preisrelationen in der Rechnung berücksichtigt. Preisbereinigte Zeitreihen werden künftig als Kettenindizes dargestellt.

- die Verwendung neuer Deflationierungsmethoden

Neben hedonischen Preisindizes, beispielsweise für PC und Gebrauchtwagen, werden auch neue Erzeugerpreisindizes für Dienstleistungen erstmals vollständig berücksichtigt.

- die geänderte Berechnung und Verteilung der unterstellten Bankgebühr

Diese wird zukünftig unter dem Namen „Finanzserviceleistung, indirekte Messung (FISIM)“ einzelnen Verwendungszwecken (Vorleistungen, Konsum, Exporte) zugeordnet und nicht wie bisher als globale gesamtwirtschaftliche Vorleistung gebucht.

Zusätzlich werden – wie bei jeder Revision – neue Berechnungsgrundlagen, wie zum Beispiel die Dienstleistungsstatistik und die Strukturhebungen bei kleinen Unternehmen im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe, in die Rechnungen integriert.

Nähere Informationen zu den Änderungen der Konzepte, Methoden und Basisdaten sowie zu ihren Auswirkungen auf die Ergebnisse wird ein ausführlicher Aufsatz zur Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen 2005 in Heft 5/2005 der Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ enthalten.

Daneben werden die revidierten Ergebnisse der Inlandsproduktsberechnung – zunächst für die Jahre 1991 bis 2004 – im Rahmen der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ in Form von zwei Sonderbänden S.25 (vierteljährliche Daten; nur elektronisch verfügbar) und S.26 (jährliche Daten; auch als kostenpflichtige gedruckte Ausgabe erhältlich) veröffentlicht. Diese beiden Sonderbände werden im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de/shop>) online als kostenlose Download-Produkte zur Verfügung stehen. Alle Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen werden außerdem in der Datenbank GENESIS des Statistischen Bundesamtes gespeichert. Ausgewählte Daten werden auch im Internet (<http://www.destatis.de>) auf der Themenseite „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“ bereitgestellt.

Die laufende Berichterstattung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen über die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung knüpft an die revidierten Ergebnisse an. Dem bisherigen Veröffentlichungsrhythmus folgend werden bereits Mitte Mai

2005 Ergebnisse für das erste Vierteljahr 2005 publiziert.

Für die Jahre vor 1991 sind Rückrechnungen nach den neuen Konzepten, Definitionen usw. ausschließlich für das frühere Bundesgebiet vorgesehen; der Zeitpunkt der Veröffentlichung steht derzeit noch nicht fest und ist von den im Statistischen Bundesamt verfügbaren Kapazitäten abhängig.

Bruttoinlandsprodukt 2004 für Deutschland

Am 13. Januar 2005 wurde unter anderem das deutsche Bruttoinlandsprodukt 2004 vorgestellt.

Nach ersten Berechnungen des Statistischen Bundesamtes hat sich das deutsche Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2004 im Vergleich zum Vorjahr real um 1,7% erhöht. Nach der schwachen wirtschaftlichen Entwicklung in den vergangenen drei Jahren ist dies der stärkste Anstieg seit dem Jahr 2000 (+ 2,9%). Allerdings war der Kalendereffekt im Berichtsjahr mit + 0,5%-Punkten ungewöhnlich groß; nach Ausschaltung dieses Effekts ergibt sich für das Jahr 2004 eine Wachstumsrate des Bruttoinlandsprodukts von rechnerisch 1,1%.

Diese und weitere Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen können im Internet (<http://www.destatis.de>) abgerufen werden. Außerdem werden in der Fachserie 18 „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen“, Reihe 1.1 „Erste Ergebnisse der Inlandsproduktsberechnung“, Bestellnummer 2180110-04700-1 (Vertriebspartner: SFG-Servicecenter Fachverlage, Part of the Elsevier Group, Postfach 43 43, 72774 Reutlingen, Telefon: +49 (0) 7071/ 935350, Telefax: +49 (0) 7071/ 935335, E-Mail: destatis@s-f-g.com) tiefer gegliederte Ergebnisse veröffentlicht. Diese Veröffentlichung ist auch online im Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de/shop> kostenfrei erhältlich.

ILO-Arbeitsmarktstatistik gut aufgenommen

Am 1. März 2005 veröffentlichte das Statistische Bundesamt zum ersten Mal gleichzeitig aktuelle monatliche Zahlen zur Erwerbstätigkeit und zur Erwerbslosigkeit im Rahmen der ILO-Arbeitsmarktstatistik für den Berichtsmonat Januar 2005. Der

Start der neuen Statistik wurde in der öffentlichen Diskussion sehr positiv als sinnvolle Ergänzung der deutschen Arbeitsmarktberichterstattung um eine international und intertemporale vergleichende Komponente aufgenommen. Angesichts der aktuellen Diskussion um die Auswirkungen der Hartz IV-Reformen auf die Arbeitslosenstatistik wurde allseits begrüßt, dass nun ein Berichtssystem existiert, das aufgrund seiner Orientierung an internationalen Kriterien von nationalen sozialrechtlichen Maßnahmen nicht beeinflussbar ist.

Die ILO-Arbeitsmarktstatistik folgt bei der Ermittlung des Erwerbsstatus den Definitionen der International Labour Organization (ILO). Das ILO-Konzept ist aufgrund seiner großen Verbreitung und seiner Unabhängigkeit von nationalen Regelungen besonders gut für internationale Vergleiche der Erwerbsbeteiligung geeignet. Als erwerbstätig im Sinne des ILO-Erwerbsstatus-Konzeptes in einer europäisch harmonisierten Form gilt jede Person im erwerbsfähigen Alter, die in einem Arbeitsverhältnis steht oder in der Berichtswoche wenigstens eine Stunde entgeltlich gearbeitet hat. Auch Selbstständige und Freiberufler sowie mithelfende Familienangehörige zählen als Erwerbstätige. Als erwerbslos werden hingegen Personen in der Altersgruppe der 15- bis 74-Jährigen gezählt, die keiner solchen Erwerbstätigkeit nachgehen, jedoch in den letzten vier Wochen aktiv nach Arbeit gesucht haben und im Erfolgsfall innerhalb von zwei Wochen eine Erwerbstätigkeit aufnehmen könnten. Alle Personen, auf die keine der beiden Definitionen zutrifft, gelten als Nichterwerbspersonen.

Die veröffentlichten Daten über Erwerbslosigkeit entstammen einer telefonischen Befragung von monatlich 30000 zufällig ausgewählten Personen im Alter von 15 bis 74 Jahren gemäß den Definitionen der ILO. Die Angaben zur Erwerbstätigkeit sind Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung im Rahmen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) auf Basis aller hierfür zur Verfügung stehenden statistischen Quellen einschließlich der erwähnten Telefonerhebung. Ergebnisse der Erwerbstätigenrechnung stehen bereits seit langem monatlich zur Verfügung. Mit Einführung der neuen ILO-Arbeitsmarktstatistik liegen die Erwerbstätigenzahlen nun aber sehr viel aktueller und insbesondere zeitgleich mit

den Erwerbslosenzahlen für den gleichen Berichtsmonat vor.

Aufgrund der definitorischen und methodischen Unterschiede zwischen der Erfassung der Erwerbslosigkeit nach der ILO-Definition und der Statistik der registrierten Arbeitslosen der Bundesagentur für Arbeit werden teilweise unterschiedliche Personenkreise erfasst. Die gemäß dem ILO-Konzept ermittelte Erwerbslosenzahl lag im Januar 2005 mit 3,99 Mill. um etwa eine Million unter der Zahl der registrierten Arbeitslosen nach dem Sozialgesetzbuch im gleichen Monat (5,04 Mill.). Nach den Ergebnissen der Telefonerhebung wurden etwa 1,2 Mill. Personen als erwerbslos erfasst, die nach eigenen Angaben nicht als arbeitslos registriert waren. Sie befanden sich auf Arbeitssuche, ohne sich bei Arbeitsagenturen oder kommunalen Trägern gemeldet zu haben, beispielsweise weil für sie kein Anspruch auf eine finanzielle Leistung besteht. Umgekehrt waren 2,2 Mill. Befragte, die nach ihrer Selbsteinstufung arbeitslos waren, nach dem ILO-Konzept nicht erwerbslos. Gründe dafür können sein, dass diese Personen in den letzten vier Wochen vor der Befragung keine konkreten Suchschritte unternommen haben oder neben der Arbeitssuche einer Erwerbstätigkeit von geringem zeitlichen Umfang nachgegangen sind.

Aktuelle Ergebnisse und Informationen zur ILO-Arbeitsmarktstatistik sind unter http://www.destatis.de/themen/d/thm_erwerbs.php im Internet verfügbar.

Preise

Preisstatistik besser verstehen – Im Blickpunkt: „Preise in Deutschland“ und Interaktiver Indexrechner

Die Verbraucherpreise sind im Jahr 2004 um 1,6% gestiegen. Der Preisauftrieb im vergangenen Jahr war zu einem großen Teil durch staatliche Maßnahmen verursacht, nämlich durch die Gesundheitsreform und durch Tabaksteuererhöhungen. Rechnet man die Wirkungen dieser Maßnahmen aus der Teuerungsrate für 2004 heraus, dann sind die Preise im vergangenen Jahr lediglich um 0,6% gestiegen.

Wie kommt es, dass die Statistiker niedrige Teuerungsraten messen, während viele Verbraucher bei ihren täglichen Einkäufen persönlich ganz andere Erfahrungen machen?

Die Preiserheber der Verbraucherpreisstatistik notieren Monat für Monat 350 000 Preise in Deutschlands Geschäften und Dienstleistungsbetrieben. Dafür werden häufig gekaufte Produkte in unterschiedlichen Geschäftstypen und einer Vielzahl von Städten und Gemeinden in Deutschland ausgewählt. Aus den Einzelpreisen wird die mittlere Preisentwicklung für einen Warenkorb berechnet, der insgesamt 750 Güter enthält. Die Güter des Warenkorbes werden mit den durchschnittlichen Verbrauchsausgaben der Haushalte gewichtet.

Die Konsumenten rechnen jedoch häufig anders. Nicht nur, dass die Ausgabenverteilung bei jedem Haushalt anders aussieht. Für den einzelnen Verbraucher kommt es auch darauf an, wie stark er bei seinem täglichen Einkauf von Preiserhöhungen betroffen ist. Die von ihm wahrgenommene Teuerung berechnet ein Haushalt wohl selten im Rahmen einer umfassenden Bilanz am Ende des Monats. Er spürt sie vor Ort beim Einkauf.

Die „wahrgenommene Teuerung“ dürfte dabei für viele Menschen höher liegen als die von der amtlichen Statistik berechnete Inflationsrate. Einer der Hauptgründe ist darin zu sehen, dass die amtliche Teuerungsraten ein Durchschnittswert aus einer Vielzahl unterschiedlicher Preisentwicklungen ist. Stärkere Preiserhöhungen an einer Stelle werden dabei durch moderate Preisentwicklungen an anderer Stelle ausgeglichen. Dieser Mittelwert entspricht nicht dem, was einzelne Konsumenten subjektiv wahrnehmen, er soll es auch gar nicht.

Die Teuerungsraten der amtlichen Statistik ist eine für das Wirtschaftsleben grundlegende Zahl. Sie bezieht sich eben nicht auf Einzelfälle, sondern ist ein objektiv nachvollziehbarer Durchschnittswert. Deshalb ist sie Indikator für die Geldwertentwicklung, an der sich zum Beispiel die Europäische Zentralbank orientiert, und wird Lohnverhandlungen zugrunde gelegt.

Das Ziel der soeben erschienenen neuen Veröffentlichung „Im Blickpunkt: Preise in Deutschland“ ist es, den Bürgern die amtliche Preisstatistik besser zu erklären. Sie zeigt in leicht verständlicher Weise, wie

Preisstatistik in Deutschland funktioniert. Der 70-seitige Band „Im Blickpunkt: Preise in Deutschland“ (Hrsg. Statistisches Bundesamt, ISBN 3-8246-0732-8) ist zum Preis von 9,80 Euro im Buchhandel und über den Statistik-Shop des Statistischen Bundesamtes (<http://www.destatis.de/shop>) erhältlich. Der Band steht außerdem zum Preis von 7,35 Euro als Download zur Verfügung.

Neu im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes ist außerdem ein interaktiver Indexrechner. Unter <http://www.destatis.de/indexrechner> kann jeder testen, wie sich seine persönlichen Verbrauchsgewohnheiten für ausgewählte Güter auf die Teuerungsraten auswirken würden.

Ebenfalls im Internet (http://www.destatis.de/basis/d/preis/preis_aktuell.php) stehen die aktuellen Ergebnisse sowie die monatlich erscheinenden „Themenkästen“ (z.B. Preise für Medikamente, Entwicklung der Wohnungsmieten, Strompreise u.a.) als Hintergrundinformationen zur Preisstatistik zur Verfügung.

Öffentliche Haushalte und Unternehmen, Steuern

Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes sowie des Hochschulstatistikgesetzes

Mit dem Entwurf einer Änderung des Finanz- und Personalstatistikgesetzes sowie des Hochschulstatistikgesetzes vom 4. Februar 2005 (BR-Drucks. 83/05) sollen die statistischen Anforderungen der Europäischen Union (EU) zur Erhebung der Finanzaktiva (Verordnung (EG) Nr. 501/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 10. März 2004 über die vierteljährlichen Finanzkonten des Staates für finanzielle Transaktionen sowie Forderungen und Verbindlichkeiten (ABl. EU Nr. L 81 S. 1) in deutsches Recht umgesetzt werden.

Aufgrund der Ausgliederungen von Einrichtungen aus den öffentlichen Haushalten werden darüber hinaus im Gesetz Vorkehrungen getroffen, die Finanzstatistiken als aussagefähige Basisstatistiken für den detaillierten Datenbedarf der Volkswirtschaftlichen

Gesamtrechnungen des Bundes und der Länder (Staatskonto, Verteilungsrechnung) zu sichern.

Auch die Reformbestrebungen der öffentlichen Haushalte zu einem neuen doppischen Rechnungswesen – insbesondere auf der kommunalen Ebene – werden berücksichtigt. Zeitgleich werden zur Kostenkompensation Straffungen des Erhebungsprogramms umgesetzt.

Mit dem Entwurf einer Änderung des Hochschulstatistikgesetzes soll dem aktuellen Datenbedarf von Hochschulen, Ministerien und Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen sowie den sich wandelnden Rechnungs- und Finanzierungssystemen der Hochschulen Rechnung getragen werden. Die geltende Rechtsgrundlage lässt nur eine Erfassung der Einnahmen und Ausgaben in haushaltmäßiger Gliederung zu. Die Orientierung der Hochschulfinanzstatistik an den Haushaltssystematiken ist jedoch nicht mehr zeitgemäß, da viele Hochschulen Globalhaushalte erhalten haben, das kaufmännische Rechnungswesen eingeführt haben und neue Finanzierungsquellen erschließen müssen.

Das Gesetz soll mit Wirkung vom 1. Januar 2005 in Kraft treten. Dann könnten die geänderten jährlichen Erhebungen erstmalig im Jahre 2005 für das Jahr 2004 durchgeführt werden. Ausgenommen hiervon sind die umfangreichen Änderungen in der jährlichen Hochschulfinanzstatistik, die erst zwei Jahre später wirksam werden.

Dienstleistungen, Landwirtschaft, Auslandsberichte

Fachausschuss Dienstleistungsstatistik

Im Mittelpunkt der Beratungen des Fachausschusses „Dienstleistungsstatistik“ am 10. März 2005 im Statistischen Bundesamt, Zweigstelle Bonn, standen Information und Diskussion über die in Deutschland im Dienstleistungsbereich durchgeführten Statistiken und deren Weiterentwicklung. Der erreichte Stand sowie die Nutzerinteressen bei Weiterentwicklung der Dienstleistungsstatistik wurden erörtert.

Die inzwischen aus drei Berichtsjahren vorliegenden Ergebnisse der Strukturhebung im Dienstleistungs-

bereich (bei Unternehmen und Einrichtungen aus den Wirtschaftsabschnitten I und K der Wirtschaftszweigklassifikation) wurden vom Fachausschuss positiv bewertet. Insbesondere der Ansatz, die befragten Unternehmen von unnötigen Berichtspflichten zu entlasten (nur 15%-Stichprobe, stark verkürzter Merkmalskatalog für kleine Unternehmen mit einem Jahresumsatz von weniger als 250 000 Euro), wurde begrüßt. Insbesondere wegen zusätzlicher statistischer Belastungen für kleine Unternehmen und Freiberufler, wurde eine Erweiterung des Merkmalskataloges der Weiterentwicklung der europäischen Strukturverordnung kritisiert.

Mit großem Interesse wurden die ersten Vorjahresquartalsvergleiche aus der Konjunkturerhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen aufgenommen. Die Nutzer betonten den Bedarf an aktuellen und umfassenden Konjunkturindikatoren im Dienstleistungsbereich. Das Amt informierte über die beabsichtigte Weiterentwicklung der europäischen Konjunkturverordnung und eine in diesem Zusammenhang durchgeführte Machbarkeitsuntersuchung zur Verfügbarkeit von konjunkturstatistischen Angaben bei Unternehmen im Dienstleistungsbereich.

Einen weiteren Tagesordnungspunkt bildete ein Sachstandsbericht zur Prüfung der Eignung von Verwaltungsdaten für eine Konjunkturberichterstattung. Der Fachausschuss bedauerte die eingetretenen Verzögerungen, so dass bis Ende 2005 voraussichtlich noch nicht die Eignung von Verwaltungsdaten für konjunkturstatistische Zwecke (ohne primärstatistische Ergänzung im Sinne eines Methodenmixes) festgestellt werden kann. Die Vertreter der Verbände und Kammern sehen in der Verwaltungsdatenverwendung für konjunkturstatistische Zwecke ein erhebliches Entlastungspotenzial für die auskunftspflichtigen Unternehmen und bedauerten, dass diese Entlastung, wenn überhaupt, erst später als ursprünglich geplant eintreten kann. Zugleich wurde über den Entwurf einer Rechtsgrundlage zur befristeten Weiterführung der „vierteljährlichen Erhebung in bestimmten Dienstleistungsbereichen“ informiert.

Mit großem Interesse verfolgte der Fachausschuss die „Operation 2007“ – zur Revision der Wirtschaftsklassifikation bis 2007 und dabei die beabsichtigten methodischen und strukturellen Änderungen in der Wirtschaftsklassifikation (NACE Rev.2) sowie den

Zeitplan für die Implementierung der Revision in Deutschland.

Schließlich wurden die Teilnehmer über die Ergebnisse der Piloterhebungen zu produktbegleitenden Dienstleistungen und deren statistische Erfassung, zur Erfassung von Unternehmensdienstleistungen (Dienstleistungsumsätze nach Arten) sowie über die zum vierten Mal durchgeführte Erhebung zur Nutzung von Informations- und Kommunikationstechnologie in Unternehmen (mit ersten Ergebnissen für das Berichtsjahr 2004).

Erstmals Ergebnisse der vierteljährlichen Dienstleistungserhebung

Das Statistische Bundesamt veröffentlicht erstmals Ergebnisse aus der vierteljährlichen Dienstleistungserhebung. Dargestellt werden die Veränderungen des Umsatzes sowie der Zahl der Beschäftigten. Die Ergebnisse basieren auf den Angaben von rund 35 000 Unternehmen der Wirtschaftsbereiche Verkehr und Nachrichtenübermittlung, Datenverarbeitung und Datenbanken sowie anderer wirtschaftlicher Dienstleistungen. Die Erhebung, die seit dem Jahr 2003 in Zusammenarbeit mit den Statistischen Ämtern der Länder durchgeführt wird, dient auch der Erfüllung europäischer Rechtsvorschriften. Rechtsgrundlage ist die Verordnung über konjunkturstatistische Erhebungen in bestimmten Dienstleistungsbereichen (Konjunkturstatistikverordnung – KonjStatV) vom 22. August 2002 (BGBl. I S. 3427).

Das Statistische Bundesamt wird künftig Angaben zu den genannten Indikatoren jeweils innerhalb von 90 Tagen nach Ende eines Berichtsquartals in Form von Pressemitteilungen sowie im Internet bereitstellen.

Weitere Auskünfte erteilt per E-Mail dienstleistungen@destatis.de.

Veröffentlichungsreihe „Länderprofile“ erfreut sich großer Nachfrage

Die Veröffentlichungsreihe „Länderprofile“ des Statistischen Bundesamtes, die im Januar 2003 mit einer Ausgabe über Frankreich gestartet wurde, umfasst inzwischen Berichte für 14 Länder und wird von

einem zunehmend größer werdenden Kundenkreis nachgefragt.

Die Verbreitung der Länderprofile erfolgt nicht in gedruckter Form, sondern ausschließlich als Online-Ausgaben im PDF-Format. Der Zugriff auf die kostenlosen Downloads ist über die Internetseiten des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de/internationales> möglich. Für nicht deutschsprachige Nutzer stehen auch englische Versionen auf den entsprechenden englischen Web-Seiten bereit.

Zahlreiche Länderprofile wurden im Jahr 2004 neu aufgelegt oder aktualisiert, so über die Länder Spanien, Schweden, Italien, Frankreich, die Volksrepublik China, das Vereinigte Königreich, Polen und Japan. 2005 erschienen bereits Ausgaben über Dänemark, die Vereinigten Staaten und die Slowakei. In Kürze wird noch der Staat Slowenien folgen und in der zweiten Jahreshälfte 2005 stehen die Republik Korea sowie – auf vielfachen Kundenwunsch – eine Vergleichsausgabe über Deutschland auf dem Programm.

Alle Länderprofile zeichnen ein einheitlicher Aufbau und ähnliche Dateninhalte aus. Auf insgesamt sechs DIN A4-Seiten wird ein Überblick über alle wichtigen Themengebiete gegeben (u.a. Bevölkerung, Erwerbstätigkeit, Gesundheitswesen, Bildung, Wirtschaft, Außenhandel, Verdienste, Verkehr und Umwelt), veranschaulicht durch zahlreiche Farbdigramme. Als Datenquellen finden überwiegend die amtlichen nationalen Statistiken des jeweiligen Landes Verwendung. Dadurch wird in der Regel die Aktualität und Detailliertheit der Daten erhöht, wenngleich nicht in allen Fällen eine vollständige Vergleichbarkeit der Angaben zwischen den Ländern gewährleistet ist.

Dass die Länderprofile bei den Nutzern großen Anklang finden, zeigen die Zugriffszahlen im Internet:

Im Jahr 2004 wurden die entsprechenden Online-Seiten insgesamt 126477-mal aufgerufen, das entspricht durchschnittlich 347 Zugriffen pro Tag. Die englischen Länderprofil-Ausgaben wurden im vergangenen Jahr rund 25 000-mal abgefragt, entsprechend etwa 68 Zugriffen pro Tag.

Die gefragtesten Länder waren dabei die Volksrepublik China, Frankreich, Japan, Polen, die Russische Föderation sowie das Vereinigte Königreich.

Soziales, Mikrozensus, Private Haushalte

Änderungen des Wohngeldgesetzes

An 1. Januar 2005 traten Änderungen des Wohngeldgesetzes (Art. 3 des Zweiten Gesetzes zur Änderung wohnungsrechtlicher Vorschriften vom 15. Dezember 2004 (BGBl. I S. 3450)) in Kraft.

Im Wesentlichen haben diese Änderungen für die Statistik folgende Auswirkungen:

Mit der Änderung in § 1 Abs. 2 WoGG werden Empfänger der dort genannten Transferleistungen ab 1. Januar 2005 vom Wohngeld ausgeschlossen. Dadurch entstehen sog. Mischhaushalte; das sind Haushalte, in denen ein Teil der Familienmitglieder wohngeldberechtigt ist, andere Familienmitglieder jedoch nach § 1 Abs. 2 WoGG vom Wohngeld ausgeschlossen sind. Damit die Wohngeldstatistik sowie die im Fall der Mietenstufenordnung verwendeten Mieten nicht durch die Angaben der Mischhaushalte verzerrt werden, ist es notwendig, bei den Wohngeldempfängern künftig zwischen reinen Wohngeldempfängerhaushalten und den Mischhaushalten zu differenzieren und diese separat auszuweisen.

Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte „Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand“

Im Amtsblatt der Europäischen Union wurden die Verordnung (EG) Nr. 384/2005 der Kommission vom 7. März 2005 zur Annahme des Programms von Ad-hoc-Modulen für die Jahre 2007 bis 2009 für die Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte gemäß der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates sowie der Verordnung (EG) Nr. 388/2005 der Kommission vom 8. März 2005 zur Annahme der Spezifikation des Ad-hoc-Moduls 2006 „Übergang vom Erwerbsleben in den Ruhestand“ nach der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates und zur Änderung der Verordnung (EG) Nr. 246/2003 veröffentlicht.

Die Verordnung 388/2005 tritt am 16. März 2005, die Verordnung 384/2005 tritt am 28. März 2005 in Kraft.

Die Verordnung 388/2005 dient der Spezifizierung des Ad-hoc-Moduls 2006 „Übergang vom Erwerbsle-

ben in den Ruhestand“. Diese Erhebung erfolgt im Rahmen des Mikrozensus 2006.

Die Verordnung 384/2005 legt für die Jahre 2007 bis 2009 die Themen der Ad-hoc-Module im Rahmen der Stichprobenerhebung über Arbeitskräfte fest. Im Jahre 2007 lautet das Programm: „Arbeitsunfälle und berufsbedingte Gesundheitsprobleme“, im Jahre 2008: „Arbeitsmarktsituation von Zuwanderern und ihren Nachkommen“ und im Jahre 2009 „Übergang von der Schule ins Erwerbsleben“. Die Erhebung der genannten Themen erfolgt ebenfalls im Rahmen des Mikrozensus.

Publikation „Familie im Spiegel der Statistik“

Mit einem neuen Tabellenband zur Publikation „Die Familie im Spiegel der amtlichen Statistik“ bringt das Statistische Bundesamt diese wichtige Veröffentlichung auf den aktuellen Stand. „Familie im Spiegel der Statistik“ gibt mit Daten aus der amtlichen Statistik und anderen statistischen Quellen einen Überblick über die Situation von Familien in Deutschland.

Diese letztmals Anfang 2003 im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erschienene Veröffentlichung wurde damals vom Deutschen Zentrum für Altersfragen gemeinsam mit dem Statistischen Bundesamt erstellt. Mit dem neuen Tabellenband, in dem wichtige Tabellen mit Daten aus der Mikrozensus-Haushaltsstichprobe vom Mai 2003 aktualisiert wurden, bleibt die Publikation eine Referenzquelle zu Fragen des Wandels der privaten Lebensformen, Lage und Entwicklung von Ehe und Familie, der demographischen Alterung der Bevölkerung und der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Der neue Tabellenband enthält Informationen zu privaten Lebensformen der Bevölkerung ab 18 Jahren, zur Bevölkerung in Privathaushalten ab 60 Jahren, zu ledigen Kindern in Familien, zu Familien mit minderjährigen Kindern, zu nichtehelichen Lebensgemeinschaften, zu Alleinlebenden sowie zur Beteiligung von Frauen und Männern am Erwerbsleben. Er steht, wie auch das Hauptwerk, im Internet unter dem Link: http://www.destatis.de/allg/d/veroe/proser4fmikro_d.htm kostenlos zum Download bereit.

Ergebnisse des Mikrozensus 2004

Frauen in Führungspositionen sind in Deutschland nach wie vor unterrepräsentiert. So waren im März 2004 von allen abhängig Beschäftigten 47% Frauen, an den Führungskräften stellten sie aber nur einen Anteil von 33%. Dies ist eines der Ergebnisse des Mikrozensus 2004, das im Rahmen einer Pressekonferenz vom Statistischen Bundesamt vorgestellt wurde.

Detaillierte Ergebnisse des Mikrozensus 2004 zu diesem Sachverhalt und einer Vielzahl weiterer Themenfelder, wie z.B. den Lebensformen, dem Pendlerverhalten von Erwerbstätigen, der Erwerbslosigkeit und der Arbeitskräftereserve enthält die Pressebroschüre „Leben und Arbeiten in Deutschland – Ergebnisse des Mikrozensus 2004“. Sie ist im Internetangebot des Statistischen Bundesamtes unter <http://www.destatis.de> (Pfad: Presse/Presseveranstaltungen) kostenlos abrufbar.

Scientific-Use-File des Mikrozensus 2002 für die Wissenschaft zugänglich

Beim Statistischen Bundesamt können ab sofort die faktisch anonymisierten Einzeldaten des Mikrozensus 2002 für Forschungszwecke bestellt werden. Wie für die bisher verfügbaren Mikrozensus-Scientific-Use-Files (1989, 1991, 1993, 1995 – 2002) erfolgt die Lieferung der Daten zu Sonderkonditionen (Bereitstellungsgebühr von 65,- EUR), die durch eine Vereinbarung zwischen dem Statistischen Bundesamt und dem Bundesministerium für Bildung und Forschung ermöglicht wurden.

Scientific-Use-Files des Mikrozensus können beim Statistischen Bundesamt bestellt werden (E-Mail: mikrozensus@destatis.de).

Darüber hinaus können sich interessierte Wissenschaftler an Ansprechpartner im Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (ZUMA) in Mannheim (German Microdata Lab, Postfach 122155, 68072 Mannheim, Telefon 0621/ 1246-265, Telefax 0621/ 1246-100, E-Mail: mikrodaten@zumamannheim.de) wenden. Das German Microdata Lab, ZUMA bietet im World Wide Web umfassende Informationen zu den Scientific-Use-Files an, wie zum Beispiel Setups zum Einlesen der Daten, Datendokumentationen, thematische

Übersichten, Fragebogen, rechtliche Voraussetzungen der Datenweitergabe und Mikrodaten-Tools (<http://www.gesis.org/Dauerbeobachtung/Mikrodaten/GML/index.htm>).

Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im 1. Halbjahr 2003

Am 2. Dezember 2004 wurden die Ergebnisse über die Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte im ersten Halbjahr 2003 auf der Basis der Haushaltsbuchaufzeichnungen der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003 (EVS 2003) vorgestellt.

An der jeweils ein Vierteljahr durchzuführenden Haushaltsbuchanschreibung im ersten Halbjahr 2003 nahmen auf freiwilliger Basis mehr als 26 000 Privathaushalte nahezu aller sozialer Gruppierungen und Schichten teil. Damit ist die EVS die größte repräsentative Erhebung innerhalb der amtlichen Statistik, die detaillierte Angaben über die Einkommens- und Konsumverhältnisse der Menschen in Deutschland bereitstellt.

Eine Vielzahl interessanter Informationen der Haushaltsbuchaufzeichnungen und der Konsumausgaben der privaten Haushalte im ersten Halbjahr 2003 enthält die Pressebroschüre „Einnahmen und Ausgaben privater Haushalte – Einkommens- und Verbrauchsstichprobe 2003“, die unter <http://www.destatis.de/presse/deutsch/pm2004/p5170530.htm>, als PDF-Dokument kostenlos von der Homepage des Statistischen Bundesamtes heruntergeladen werden kann. Im Frühsommer 2005 wird das Statistische Bundesamt die Jahresergebnisse der EVS 2003 über die Einnahmen und Ausgaben der Haushalte in Deutschland veröffentlichen.

Neue Erhebung „Leben in Europa“

LEBEN IN EUROPA ist eine neue Statistik zur Messung der Entwicklung von Einkommen, Armut und Lebensbedingungen, die in allen Mitgliedstaaten der Europäischen Union (EU) sowie in Island und Norwegen in gleicher Weise durchgeführt wird.

LEBEN IN EUROPA interessiert sich etwa für den Lebensstandard und die Erwerbstätigkeit ebenso wie für die Wohnsituation und das Einkommen. Die neue Statistik versucht Antworten zu geben auf Fragen

wie: Wie wohnen Menschen in Europa? In welchen beruflichen Situationen befinden sie sich? Wie viel Geld steht Haushalten zur Verfügung? Um verlässliche und aktuelle Daten für LEBEN IN EUROPA bereitzustellen, führen die Statistischen Ämter des Bundes und der Länder in Deutschland ab dem Jahr 2005 jährlich eine Befragung durch.

Die Lebensbedingungen von privaten Haushalten sind vielfältig und unterliegen ständigen Veränderungen. Durch den Wandel in Gesellschaft und Arbeitswelt entstehen neue Lebens- und Arbeitsformen. Jede dieser Lebensformen bringt ihre eigenen, besonderen Lebensbedingungen mit sich. LEBEN IN EUROPA liefert die aktuellen statistischen Informationen, um die gesellschaftliche Entwicklung europaweit abbilden zu können. Darüber hinaus werden Daten zur Verfügung gestellt, um die Lösung bereits bestehender oder neu entstandener gesellschaftlicher Probleme möglich zu machen.

Die statistischen Ämter erheben dafür direkt bei den befragten Haushalten unterschiedliche Informationen. Im Rahmen der Erhebung LEBEN IN EUROPA werden beispielsweise Fragen zur Erwerbstätigkeit, zu Ausbildung und Gesundheit der Haushaltsmitglieder, zum Haushaltseinkommen und seiner Zusammensetzung, zur Wohnsituation sowie zu Ausgaben für das Wohnen gestellt.

Um darüber hinaus Veränderungen über den Zeitablauf untersuchen zu können, ist es notwendig, die Befragung in regelmäßigen Zeitabständen durchzuführen.

Die Teilnahme an LEBEN IN EUROPA ist freiwillig.

Wozu werden die im Rahmen von LEBEN IN EUROPA erhobenen Daten verwendet?

Die erhobenen Informationen werden zum Beispiel verwendet, um die Einkommenssituation in der Bundesrepublik Deutschland darzustellen. Dabei wird nicht nur betrachtet, wie viel Geld die befragten Personen verdienen, sondern auch, wie viel den Haushalten insgesamt zur Verfügung steht nachdem Steuern und Sozialversicherung abgezogen und die Miete bezahlt wurde. Hierdurch kann beispielsweise auch herausgefunden werden, welche Wirkung etwa Kindergeld, Arbeitslosengeld oder Sozialhilfe auf die finanzielle Situation von privaten Haushalten haben.

Eine besonders wichtige Frage ist, festzustellen, wie viele Haushalte von Armut bedroht sind. Diese Informationen sind Grundlage für Aktionspläne zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, die von der Bundesregierung und den Regierungen der anderen Mitgliedstaaten der EU erarbeitet werden. Sie fließen ferner in den Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung ein.

Da die Befragung in allen Ländern der EU in gleicher Art und Weise durchgeführt wird, ermöglicht sie einen Vergleich der Ergebnisse zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union.

Wer wird befragt?

Für LEBEN IN EUROPA werden in der Bundesrepublik Deutschland jedes Jahr gut 14000 Privathaushalte für die Befragung nach dem Zufallsprinzip ausgewählt. Es wird darauf geachtet, dass die teilnehmenden Haushalte in ihrer Zusammensetzung der Gesamtbevölkerung entsprechen. Diese Haushalte werden in vier aufeinander folgenden Jahren jeweils einmal jährlich befragt.

Die Auswahl findet unter den privaten Haushalten statt, die sich bereit erklärt haben, an HAUSHALTE HEUTE, einer freiwilligen Kooperation von befragungsbereiten Haushalten mit der amtlichen Statistik, teilzunehmen. Diese Haushalte haben vorher am Mikrozensus teilgenommen.

In der Anfangsphase der Erhebung werden in die Auswahl auch andere Haushalte einbezogen, die schon einmal mit der amtlichen Statistik zusammengearbeitet haben.

Da für LEBEN IN EUROPA nicht nur Informationen über den Haushalt, sondern auch über jede der darin lebenden Personen benötigt werden, wird zusätzlich jede im ausgewählten Haushalt lebende Person, die mindestens 16 Jahre alt ist, befragt.

Datenschutz

Alle Angaben werden streng vertraulich behandelt und völlig anonym, das heißt ohne Namen und Anschrift, ausschließlich für statistische und wissenschaftliche Zwecke verwendet.

Konkrete Angaben einzelner Haushalte oder Personen werden nicht veröffentlicht.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der statistischen Ämter sind auf die Einhaltung der Daten-

schutzgesetze und zur Verschwiegenheit verpflichtet.

Auf keinen Fall werden Ihre Angaben mit Angaben aus anderen Behörden, zum Beispiel dem Finanzamt, verglichen oder an diese gemeldet.

Geheimhaltung

Die Geheimhaltung der Daten ist im Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) geregelt.

Die erhobenen Einzelangaben werden nach §16 des Gesetzes über die Statistik für Bundeszwecke (Bundesstatistikgesetz – BStatG vom 22. Januar 1987, zuletzt geändert durch Artikel 16 des Gesetzes vom 21. August 2002) grundsätzlich geheim gehalten.

Rechtsgrundlage

LEBEN IN EUROPA wird aufgrund einer europaweit gültigen Rechtsgrundlage erhoben: der Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC). Die europäische Rechtsgrundlage ist gültig in Verbindung mit nationalem Recht, dem BStatG. In diesen Rechtsgrundlagen wird der Rahmen der Befragung abgesteckt sowie Details festgelegt.

Ergebnisse

LEBEN IN EUROPA wird im Jahr 2005 erstmals durchgeführt. Daher liegen derzeit noch keine Ergebnisse vor. Die Veröffentlichung erster Ergebnisse ist für das erste Halbjahr 2006 vorgesehen.

Personalnachrichten

Statistisches Bundesamt

Abteilungspräsident Dr. Werner Nowak, Leiter der Abteilung Z „Verwaltung“, wurde zum Direktor beim Statistischen Bundesamt ernannt.

Leitendem Regierungsdirektor Dr. Roland Gnos wurde die Leitung der Abteilung IV „Unternehmensregister, Industrie, Binnenhandel“ übertragen.

Leitender Regierungsdirektorin Sibylle von Oppeln-Bronikowski wurde die Leitung der Abteilung V „Preise, Außenhandel, Verkehr, Verdienste“ übertragen.

Herrn Ralf Bender wurde die Leitung der Gruppe Z B „Haushalt, Kosten- und Leistungsrechnung, Innerer Dienst“ übertragen.

Regierungsdirektorin Doris Stärk, Referatsleiterin in der Gruppe I C „Online-Dienste, Veröffentlichungen, Corporate Design“, wurde mit der Wahrnehmung der Leitung der Gruppe I C beauftragt.

Regierungsdirektor Peter Schmidt, Referatsleiter in der Gruppe IV A „Unternehmensregister, Koordinierung der Unternehmensstatistiken, Klassifikationen“, wurde mit der Wahrnehmung der Leitung der Gruppe IV A beauftragt.

Regierungsdirektorin Dr. Sabine Bechtold, bisher Leiterin der Gruppe VI B „Bevölkerung und Migration“, wurde die Leitung der Gruppe V A „Preise“ übertragen.

Dipl.-Ökonom Christian Gehler wurde mit der Wahrnehmung der Leitung der „Projektgruppe Gesamtanierung“ in der Gruppe Z B beauftragt.

Regierungsdirektor Rudolf Janke, Leiter der Gruppe III D „Erwerbstätigkeit“, wurde zum Leitenden Regierungsdirektor ernannt.

Regierungsoberamtsrat Walter Brückmann wurde mit der Wahrnehmung der Aufgaben eines Referatsleiters in der Gruppe II B „IT-Infrastruktur, -Produktion“ beauftragt.

Oberregierungsrat Erwin Wartenberg, Referatsleiter in der Gruppe IV D „Binnenhandel, Gastgewerbe, Tourismus“, wurde zum Regierungsdirektor ernannt.

Regierungsrat z. A. Roland Günther, Referatsleiter in der Gruppe V D „Löhne und Gehälter, Arbeitskosten“ wurde unter Verleihung der Eigenschaft eines Beamten auf Lebenszeit zum Regierungsrat ernannt.

Regierungsrätin Christiane Rosenow, Referatsleiterin in Gruppe VIII A „Gesundheit“, wurde zur Gruppe V B „Außenhandel“, Dienstort Bonn, umgesetzt.

Diplom-Mathematikerin Carola Kühnen, Referatsleiterin in der Gruppe VIII D „Wirtschaftsrechnungen und Zeitbudgets“, wurde unter Berufung in das Beamtenverhältnis auf Probe zur Regierungsrätin z. A. ernannt.

Oberregierungsrat Gustav Grillmaier, Referatsleiter in der Gruppe IV D „Binnenhandel, Gastgewerbe,

Tourismus“, ist mit Wirkung vom 1. Februar 2005 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit getreten.

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Oberregierungsrat Dr. Karl Pristl wurde mit Wirkung vom 1. März 2005 die Funktion des stellvertretenden Abteilungsleiters der Abteilung 5 „Finanzen und Steuern, Preise und Löhne, soziale Sicherung“ übertragen.

Oberregierungsrätin Christiane Seidel wurde mit Wirkung vom 1. März 2005 die Leitung des Referats 44 „Energiewirtschaft, Handwerk, Dienstleistungen, Gewerbeanzeigen“ übertragen.

Oberregierungsrat Franz Burger wurde mit Wirkung vom 1. März 2005 die Leitung des Referats 54 „Sozialleistungen, Sozialbudget“ übertragen.

Oberregierungsrat Thomas Schwarz wurde mit Wirkung vom 1. März 2005 die Leitung des Referats 62 „Veröffentlichungswesen, Druckerei“ übertragen.

Statistisches Landesamt Mecklenburg-Vorpommern

Herr Erwin Mantik, bisher Dezernent im Dezernat 420 „Bildung, Kultur“, ist mit Wirkung vom 1. November 2004 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit getreten.

Regierungsdirektor Ernst-Albert Ulrich, Leiter der Abteilung 5 „Umwelt, Land- und Forstwirtschaft, Preise, Verdienste, Öffentliche Finanzen“, ist mit Wirkung vom 16. November 2004 in die Freistellungsphase der Altersteilzeit getreten.

Tagungskalender

Tagungstermin	Tagungsort	Tagung
---------------	------------	--------

Tagungen im Zeitraum Januar bis März 2005

25./26. Januar 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Fragen der Landwirtschaftsstatistik“
27. Januar 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Flächenstatistik“
15.- 17. Februar 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
22.- 24. Februar 2005	Wiesbaden	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
1./2. März 2005	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
8. März 2005	Wiesbaden	Amtsleiterkonferenz
8./9. März 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Dienstleistungsstatistik“
8./9. März 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“
8./9. März 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Hochschulstatistik“
10. März 2005	Bonn	Fachausschuss „Dienstleistungsstatistik“
14./15. März 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Preisstatistik“
15./16. März 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Lohnstatistik“

Tagungen im Zeitraum April bis September 2005

7./8. April 2005	Bremen	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
12./13. April 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Verkehrsstatistik“
12./13. April 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Umweltstatistik“
14. April 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Rechtspflegestatistik“
19./20. April 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Steuerstatistik“
21. April 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Zensusvorbereitung“
21./22. April 2005	Dresden	Arbeitskreis „Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder“

25./26. April 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Wirtschaftsrechnungen“ und Referentenbesprechung „Zeitbudgeterhebungen privater Haushalte“
27. April 2005	Wiesbaden	Fachausschuss „Verkehrstatistik“
27./28. April 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Statistik im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe“
2.- 4. Mai 2005	Schlangenbad	Amtsleitertagung
10.- 12. Mai 2005	Lübeck	Facharbeitskreis „Verfahrensfragen der Bodennutzungs- und Erntestatistik“
31. Mai/1. Juni 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Statistik des Gesundheitswesens“
7./8. Juni 2005	Wiesbaden	Arbeitskreis „Informationstechnik“
14. Juni 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Berufsbildungsstatistik“
14.- 16. Juni 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
15. Juni 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Schulstatistik“
15./16. Juni 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Fragen der Landwirtschaftsstatistik“
15./16. Juni 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Energiestatistik“
21. Juni 2005	Wiesbaden	Statistischer Beirat
21. Juni 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Pflegestatistik“
22. Juni 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Sozialhilfestatistik“
23. Juni 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Wohngeldstatistik“
23./24. Juni 2005	Wiesbaden	Arbeitskreis „Fragen der mathematischen Methodik“
13.- 15. September 2005	Kamenz	Arbeitskreis „Presse, Publikationen, Marketing“
15./16. September 2005	Hamburg	Arbeitskreis „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“
26.- 29. September 2005	Braunschweig	Statistische Woche
27./28. September 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Handelsstatistik“ und Referentenbesprechung „Tourismusstatistik“
September 2005	Bonn	Referentenbesprechung „Mikrozensus“
September 2005	Wiesbaden	Referentenbesprechung „Laufende Bevölkerungsstatistiken“

**Übersicht über im Jahre 2004
verkündete statistische Rechtsgrundlagen**

**Sach- und Personenregister
zum Jahrgang 2004
der „Informationen aus der amtlichen Statistik“**

**Übersicht
über die im Jahre 2004 verkündeten statistischen Rechtsgrundlagen**

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	

**GRUNDSATZFRAGEN
DER BUNDESSTATISTIK**

I B/ IVD	Gesetz über den Arbeitsmarktzugang im Rahmen der EU- Erweiterung vom 23. April 2004, <u>Artikel 2e</u> Änderung des Verwaltungsdatenverwendungs- gesetzes	28.04.2004	BGBI. I S. 602.	01.05.2004
I B	Entscheidung der Kommission vom 29. April 2004 zur Aufstellung einer Liste von Einrichtungen, deren Mitarbei- ter für wissenschaftliche Zwecke Zugang zu vertraulichen Daten erhalten können (2004/452/EG)	07.06.2004	ABl. EU Nr. L 202 S. 1	

GESAMTRECHNUNGEN, ERWERBSTÄTIGKEIT

III A	Verordnung (EG) Nr. 138/2004 des Europäischen Parla- ments und des Rates vom 5. Dezember 2003 zur Land- wirtschaftlichen Gesamtrechnung in der Gemeinschaft	05.02.2004	ABl. EU Nr. L 33 S. 1	25.02.2004
III B	Verordnung (EG) Nr. 501/2004 des Europäischen Parla- ments und des Rates vom 10. März 2004 über die viertel- jährlichen Finanzkonten des Staates	10.03.2004	ABl. EU Nr. L 81 S. 1	08.04.2004
III B	Verordnung (EG) Nr. 1222/2004 des Rates vom 28. Juni 2004 über die Erhebung und Übermittlung von Daten zum vierteljährlichen öffentlichen Schuldenstand	02.07.2004	ABl. EU Nr. L 233 S. 1	22.07.2004
III D	Verordnung über statistische Erhebungen zum Erwerbs- status der Bevölkerung (Erwerbsstatistikverordnung – ErwerbStatV) vom 10. Mai 2004	14.05.2004	BGBI. I S. 870	15.05.2004, außer Kraft 31.12.2006

UNTERNEHMENSREGISTER, INDUSTRIE, BINNENHANDEL

IV B	Verordnung (EG) Nr. 210/2004 der Kommission vom 23. Dezember 2003 zur Erstellung der „Prodcom-Liste“ der Industrieprodukte für 2004 gemäß der Verordnung (EWG) Nr. 3924/91 des Rates	14.02.2004	ABl. EU Nr. L 45 S. 1	05.03.2004, gültig ab 01.01.2004
IV B	Verordnung (EG) Nr. 912/2004 der Kommission vom 29. April 2004 zur Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 3924/91 des Rates zur Einführung einer Gemein- schaftserhebung über die Produktion von Gütern	30.04.2004	ABl. EU Nr. L 163 S. 71	20.05.2004

**Übersicht
über die im Jahre 2004 verkündeten statistischen Rechtsgrundlagen**

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	
IV D	Entscheidung der Kommission vom 10. Dezember 2004 zur Änderung des Anhangs der Richtlinie 95/57/EG des Rates über die Erhebung statistischer Daten im Bereich des Tourismus (2004/883/EG)	21.12.2004	ABl. EU Nr. L 373 S. 69	
PREISE, AUSSENHANDEL, VERKEHR, VERDIENSTE				
V B	Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 2286/2003 der Kommission vom 18. Dezember 2003 zur Änderung der Verordnung (EWG) Nr. 2454/93 mit Durchführungsvorschriften zu der Verordnung (EWG) Nr. 2913/92 des Rates zur Festlegung des Zollkodex der Gemeinschaften	05.02.2004	ABl. EU Nr. L 32 S. 34	
V B	Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 1789/2003 der Kommission vom 11. September 2003 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif	10.01.2004	ABl. EU Nr. L 6 S. 57	
V B	Berichtigung der Verordnung (EG) Nr. 1789/2003 der Kommission vom 11. September 2003 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif	24.01.2004	ABl. EU Nr. L 17 S. 59	
V B	Verordnung (EG) Nr. 638/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 31. März 2004 über die Gemeinschaftsstatistiken des Warenverkehrs zwischen Mitgliedstaaten und zur Aufhebung der Verordnung (EWG) Nr. 3330/91 des Rates	07.04.2004	ABl. EU Nr. L 102 S. 1	27.04.2004, gültig ab 01.01.2005
V B	Verordnung (EG) Nr. 1810/2004 der Kommission vom 7. September 2004 zur Änderung des Anhangs I der Verordnung (EWG) Nr. 2658/87 des Rates über die zolltarifliche und statistische Nomenklatur sowie den Gemeinsamen Zolltarif	30.10.2004	ABl. EU Nr. L 327 S. 1	01.01.2005
V B	Verordnung (EG) Nr. 1982/2004 der Kommission vom 18. November 2004 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 638/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates über die Gemeinschaftsstatistiken des Warenverkehrs zwischen Mitgliedstaaten und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1901/2000 und (EWG) Nr. 3590/92 der Kommission	19.11.2004	ABl. EU Nr. L 343 S. 3	09.12.2004 gültig ab 01.01.2005

**Übersicht
über die im Jahre 2004 verkündeten statistischen Rechtsgrundlagen**

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	
V B	Vierzehnte Verordnung zur Änderung der Außenhandelsstatistik-Durchführungsverordnung vom 17. Dezember 2004	22.12.2004	BGBI. I S. 3525	01.01.2005
V C	Gesetz über die Statistik der See- und Binnenschifffahrt, des Güterkraftverkehrs, des Luftverkehrs sowie des Schienenverkehrs und des gewerblichen Straßen-Personenverkehrs (Verkehrsstatistikgesetz – VerkStatG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 20. Februar 2004	04.03.2004	BGBI. I S. 318	Gültig seit 01.01.2004
V C	Verordnung (EG) Nr. 642/2004 der Kommission vom 6. April 2004 über Genauigkeitsanforderungen für die nach der Verordnung (EG) Nr. 1172/98 des Rates über die statistische Erfassung des Güterkraftverkehrs erhobenen Daten	07.04.2004	ABl. EU Nr. L 102 S. 26	27.04.2004, Artikel 1 ist ab 01.01.2006 umzusetzen

WAHLEN, BEVÖLKERUNG, STAAT, BILDUNG

VI B	Verordnung zur Durchführung des Zuwanderungsgesetzes vom 25. November 2004, <u>Artikel 2</u> Änderung der AZRG-Durchführungsverordnung	02.12.2004	BGBI. I S. 2945	01.01.2005
VI D	Gesetz zur Einführung internationaler Rechtslegungsstandards und zur Sicherung der Qualität der Abschlussprüfung (Bilanzrechtsreformgesetz – BilReG) vom 4. Dezember 2004, <u>Artikel 8 Abs. 12</u> Änderung des Gesetzes zur Neuordnung der Gemeindefinanzen (Gemeindefinanzreformgesetz)	09.12.2004	BGBI. I S. 3166	10.12.2004
VI D	Zweites Gesetz zur Änderung der Vorschriften zum diagnose-orientierten Fallpauschalensystem für Krankenhäuser und zur Änderung anderer Vorschriften (Zweites Fallpauschalenänderungsgesetz – 2. FPändG) vom 15. Dezember 2004, <u>Artikel 4</u> Änderung der Krankenhausstatistik-Verordnung	20.12.2004	BGBI. I S. 3429	01.01.2005

**Übersicht
über die im Jahre 2004 verkündeten statistischen Rechtsgrundlagen**

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	

DIENSTLEISTUNGEN, LANDWIRTSCHAFT, UMWELT

VII A	Gesetz zur Änderung des Fleischhygienegesetzes, des Geflügelfleischhygienegesetzes, des Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetzes und sonstiger Vorschriften vom 13. Mai 2004, <u>Artikel 1</u> Änderung des Fleischhygienegesetzes, <u>Artikel 2</u> Änderung des Geflügelfleischhygienegesetzes	19.05.2004	BGBI. I S. 934	20.05.2004
VII A	Verordnung (EG) Nr. 1435/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 22. Juni 2004 zur Änderung, infolge der Erweiterung, der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates zur Durchführung von Erhebungen der Gemeinschaft über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe	16.08.2004	ABl. EU Nr. L 268 S. 1	05.09.2004 (Artikel 1 Nr. 1 gültig ab 1. Mai 2004)
VII A	Entscheidung der Kommission vom 26. Oktober 2004 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie 93/25/EWG des Rates betreffend die statistischen Erhebungen über den Schaf- und Ziegenbestand und die Schaf- und Ziegenzuegung (2004/747/EG)	04.11.2004	ABl. EU Nr. L 329 S. 14	
VII A	Entscheidung der Kommission vom 26. Oktober 2004 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie 93/23/EWG des Rates betreffend die statistischen Erhebungen über den Schweinebestand und die Schweinezuegung (2004/760/EG)	13.11.2004	ABl. EU Nr. L 337 S. 59	
VII A	Entscheidung der Kommission vom 26. Oktober 2004 mit Durchführungsbestimmungen zur Richtlinie 93/24/EWG des Rates betreffend die statistischen Erhebungen über den Rinderbestand und die Rinderzuegung (2004/761/EG)	13.11.2004	ABl. EU Nr. L 337 S. 64	
VII A	Verordnung (EG) Nr. 2139/2004 der Kommission vom 8. Dezember 2004 zur Änderung und Durchführung der Verordnung (EWG) Nr. 571/88 des Rates und zur Änderung der Entscheidung 2000/115/EG der Kommission im Hinblick auf die Durchführung von Erhebungen der Gemeinschaft über die Struktur der landwirtschaftlichen Betriebe in den Jahren 2005 und 2007	16.12.2004	ABl. EU Nr. L 369 S. 26	05.01.2005
VII A	Verordnung zur Änderung der Ersten Agrarstatistikverordnung vom 20. November 2004	23.12.2004	BGBI. I S. 3584	24.12.2004
VII B	Verordnung (EG) Nr. 574/2004 der Kommission vom 23. Februar 2004 über die Änderung der Anhänge I und III der Verordnung (EG) Nr. 2150/2002 des Europäischen Parlaments und des Rates zur Abfallstatistik	27.03.2004	ABl. EU Nr. L 90 S. 15	16.04.2004

**Übersicht
über die im Jahre 2004 verkündeten statistischen Rechtsgrundlagen**

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	
VII C	Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. April 2004 über Gemeinschaftsstatistiken zur Informationsgesellschaft	30.04.2004	ABl. EU Nr. L 143 S. 49	20.05.2004
VII C	Verordnung (EG) Nr. 753/2004 der Kommission vom 22. April 2004 zur Durchführung der Entscheidung Nr. 1608/2003/EG des Europäischen Parlaments und des Rates bezüglich der Statistiken über Wissenschaft und Technologie	23.04.2004	ABl. EU Nr. L 118 S. 23	13.05.2004
VII C	Verordnung (EG) Nr. 1450/2004 der Kommission vom 13. August 2004 zur Durchführung der Entscheidung Nr. 1608/2003/EG des Europäischen Parlaments und des Rates über die Erstellung und Entwicklung von Gemeinschaftsstatistiken über Innovation	14.08.2004	ABl. EU Nr. L 267 S. 32	03.09.2004

GESUNDHEIT, SOZIALES, PRIVATE HAUSHALTE

VIII B	Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern (Zuwanderungsgesetz) vom 30. Juli 2004	05.08.2004	BGBl. I S. 1950	01.01.2005
VIII B	Gesetz zur optionalen Trägerschaft von Kommunen nach dem Zweiten Buch Sozialgesetzbuch (Kommunales Optionsgesetz) vom 30. Juli 2004, <u>Artikel 1</u> Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch	05.08.2004	BGBl. I S. 2014	06.08.2004
VIII B	Zweites Gesetz zur Änderung wohnungsrechtlicher Vorschriften vom 15. Dezember 2004, <u>Artikel 3</u> Änderung des Wohngeldgesetzes	20.12.2004	BGBl. I S. 3450	01.01.2005
VIII C	Verordnung (EG) Nr. 29/2004 der Kommission vom 8. Januar 2004 zur Annahme der Spezifikationen des Ad-hoc-Moduls 2005 „Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ nach der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des Rates	09.01.2004	ABl. EU Nr. L 5 S. 57	16.01.2004
VIII C	Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativstatistik über die Bevölkerung und den Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der Haushalte (Mikrozensusgesetz 2005 – MZG 2005) vom 24. Juni 2004	30.06.2004	BGBl. I S. 1350	01.01 2005

**Übersicht
über die im Jahre 2004 verkündeten statistischen Rechtsgrundlagen**

	Rechtsgrundlage	Verkündet (bzw. veröffentlicht)		In Kraft getreten am (ggf. gültig bis)
		am	im	
VIII D	Verordnung (EG) Nr. 16/2004 der Kommission vom 6. Januar 2004 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) im Hinblick auf das Verzeichnis der die „Intergenerationale Übertragung von Armut“ betreffenden sekundären Zielvariablen	08.01.2004	ABl. EU Nr. L 4 S. 3	28.01.2004
VIII D	Verordnung (EG) Nr. 28/2004 der Kommission vom 5. Januar 2004 zur Durchführung der Verordnung (EG) Nr. 1177/2003 des Europäischen Parlaments und des Rates für die Gemeinschaftsstatistik über Einkommen und Lebensbedingungen (EU-SILC) im Hinblick auf den detaillierten Inhalt der Qualitätsberichte (Zwischenbericht und Abschlussbericht)	09.01.2004	ABl. EU Nr. L 5 S. 42	29.01.2004

DATENSCHUTZ

Beschluss des Rates vom 13. September 2004 über den Erlass von Durchführungsbestimmungen für die Verordnung (EG) Nr. 45/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten durch die Organe und Einrichtungen der Gemeinschaft und zum freien Datenverkehr (2004/644/EG)	21.09.2004	ABl. EU Nr. L 296 S. 16
---	------------	-------------------------------

Sachregister Jahrgang 2004 der „Informationen aus der amtlichen Statistik“

<u>Nr.</u>	<u>Nr.</u>
ALLGEMEINE BEITRÄGE	
Tagungen	
<u>Statistisches Bundesamt</u>	
Amtsleiterkonferenz	1, 4
Statistischer Beirat	2
<u>Sonstige Tagungen im Inland</u>	
Statistische Woche 2004 in Frankfurt	3
13. Wissenschaftliches Kolloquium: Demographischer Wandel – Auswirkungen auf das Bildungssystem	4
<u>Internationale Organisationen</u>	
Sitzung der Statistischen Kommission der Vereinten Nationen	1
Sitzung des „Committee of Statistics“ der OECD	2
Konferenz Europäischer Statistiker	2
90. Konferenz der Leiter der nationalen Statistischen Zentralämter (DGINS)	3
EWR-Konferenz	1, 2, 4
Ausschuss für das Statistische Programm (ASP)	1, 2, 4
CEIES-Vollversammlung	4
<u>Veröffentlichungen und elektronische Informationsangebote</u>	
Statistisches Jahrbuch 2004	3
Datenreport 2004	3
In eigener Sache „Informationen aus der amtlichen Statistik“	4
EDS Europäischer Datenservice – Leichter Zugang zur amtlichen europäischen Statistik	4
Online-Atlas zur Regionalstatistik	4
CD-Roms „Statistik regional 2004“ und „Statistik lokal 2004“ erschienen	4
GENESIS-Online löst den Zeitreihenservice ab	1
GENESIS-Online löst STATIS-BUND ab	3
CD-ROM „Statistik lokal 2003“	1
Im Blickpunkt: Bildung in Deutschland	1
Im Blickpunkt: Frauen in Deutschland	1
Erste Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung 2001/2002	1
Neueröffnung des Statistik-Shops in öffentlich privater Partnerschaft	2
Neue Statistik-Homepage zur EU-Erweiterung	2
Geographisches Informationssystem der Europäischen Kommission	2
Gemeindeverzeichnis 2002 auf CD-ROM	2
	Neue Campus Files – die Public Use Files für den Einsatz im Bereich der Hochschullehre
	2
	Im Blickpunkt: Energie und Umwelt
	2
	Aktuelle Informationen zum Stand der Raum- entwicklung in Deutschland und Europa
	2
	Tourismus in Zahlen 2003
	2
	Broschüre „Unfallgeschehen 2003“
	2
	Strukturdaten und Integrationsindikatoren über die ausländische Bevölkerung in Deutschland 2002
	2
	Kulturfinanzbericht 2003
	2
	Länderprofil „Vereinigtes Königreich“
	2
	Mikrodatenfiles der Sozialhilfeempfänger für die Berichtsjahre 2001 und 2002
	2
	Jahresbericht 2003 des Statistischen Bundesamtes
	3
	IKT in Deutschland, Informations- und Kommunikationstechnologie 1995 – 2003
	3
	Pilotstudie „Informationstechnologie in Haushalten 2003“
	3
	Spektrum Bundesstatistik „Tabellen – Tipps und Tricks zur Gestaltung“
	3
	Schriftenreihe „Methodenberichte“
	3
	Scientific Use File des Mikrozensus 1999 und 2001 für die Wissenschaft zugänglich
	3
	Länderprofile Spanien und Schweden
	4
	Sonstiges
	Jahreswechsel 2004/2005
	4
	Dr. Hildegard Bartels zum 90. Geburtstag
	4
	Professor Heilemann neuer Vizepräsident des „CEIES“
	1
	Fünf Jahre Zweigstelle Bonn
	4
	Besuche im Statistischen Bundesamt
	1, 2, 3
	Organisationsänderungen im Statistischen Bundesamt
	1, 3
	Neue Organisation des Statistischen Amtes für Hamburg und Schleswig-Holstein
	1
	Beilage
	Sachregister für den Jahrgang 2003 der Informationen aus der amtlichen Statistik
	1
	Organisationsplan des Statistischen Bundesamtes
	1, 3

**GRUNDSATZFRAGEN DER BUNDES-
UND INTERNATIONALEN STATISTIK,
INFORMATIONSVBREITUNG**

Tagungen

Statistisches Bundesamt

AK Presse, Publikationen, Marketing 1

Sonstige Tagungen im Inland

Workshop „Faktische Anonymität von Unternehmens- und Betriebsdaten“ 2
Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten 2

Internationale Organisationen

Konferenz der OECD über Schlüsselindikatoren
CEIES-Seminar „Kosten und Effizienz der Statistik“ 4
Q2004 – Europäische Konferenz über Qualität und Methoden in der amtlichen Statistik 2
Internationales Statistik-Symposium in der VR China 2
Konferenz „Statistics – Investment in the Future“ 3
Sechste internationale Konferenz über Methoden in den Sozialwissenschaften 3
Konferenz Zeitbudgeterhebungen: Neue Ansätze in Methodologie und Analyse 4
21. Internationales Methodensymposium bei Statistik Kanada 4

Sonstiges

Urban Audit – Demografische, wirtschaftliche und soziale Daten für 258 Städte in Europa 3
Statistikkooperation mit der Türkei 3
Forschungsdatenzentrum des Statistischen Bundesamtes positiv evaluiert 4
Abschluss des Twinning-Projekts mit Polen 4

**INFORMATIONSTECHNIK,
MATHEMATISCH-STATISTISCHE METHODEN**

Tagungen

Statistisches Bundesamt

AK Fragen der mathematischen Methodik 2

**GESAMTRECHNUNGEN,
ERWERBSTÄTIGKEIT**

Rechtsgrundlagen

Verordnung über statistische Erhebungen zum Erwerbsstatus der Bevölkerung (Erwerbsstatistikverordnung – ErwerbStatV) vom 10. Mai 2004 (BGBl. I S. 870) 2

Tagungen

Tagungen im Inland

AK Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder 2, 4

Internationale Organisationen

Workshop der OECD „Material flows and related indicators“ 2

Sonstiges

„Landwirtschaft und Umwelt“ – Umweltökonomische Gesamtrechnungen kooperieren mit der Bundesforschungsanstalt für Landwirtschaft 3
Arbeitsmarkt in Deutschland – eine neue Erhebung des Statistischen Bundesamtes 3, 4
Nutzung von Verwaltungsdaten der Bundesagentur für Arbeit im Test 4
Umweltnutzung und Wirtschaft 4

**UNTERNEHMENSREGISTER
INDUSTRIE, BINNENHANDEL**

Tagungen

Statistisches Bundesamt

FA Klassifikationen 3
FA Statistik im Produzierenden Gewerbe 4

Sonstige Tagungen im Ausland

18. Tagung „Rahmen für Unternehmenserhebungen“ in Peking 4

Sonstiges

Neues Verfahren zur Konzentrationsberechnung bei Unternehmensgruppen 1

**PREISE, AUSSENHANDEL,
VERKEHR, VERDIENSTE**

Rechtsgrundlagen

Gesetz zur Neuregelung des Rechts der
Verkehrstatistik vom 12. Dezember 2003
(BGBl. I S. 2518) 1

Tagungen

Statistisches Bundesamt

FA Preise und Löhne 4

Sonstiges

Teuerungsziffern in der europäischen
Währungsunion 1
Neukonzeption der Arbeitskostenerhebung
2004 1
Erfolgreiche Kooperation mit der ARGE für
wirtschaftliche Verwaltung in der Lohnstatistik .. 2

**WAHLEN, BEVÖLKERUNG,
STAAT, BILDUNG**

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 1450/2004 der Kommission
vom 13. August 2004 zur Durchführung der
Entscheidung Nr. 1608/2003/EG des Euro-
päischen Parlaments und des Rates über die
Erstellung und Entwicklung von Gemeinschaf-
tstatistiken über Innovation
(ABl. EU Nr. L 267 S. 32) 3

Statistisches Bundesamt

FA Finanz- und Steuerstatistik 2
A Hochschulstatistik 4

Sonstige Tagungen im Inland

Workshop Erbschaft und Schenkungsteuer-
Statistik 2002 4

Sonstiges

Wahlberechtigte bei der Europawahl 2004 1
Periodensterbetafeln für Deutschland:
Weiterer Anstieg der Lebenserwartung 4
Stand der Novelle zum Finanz- und
Personalstatistikgesetz 4

**DIENSTLEISTUNGEN,
LANDWIRTSCHAFT, UMWELT**

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 48/2004 des Europäischen
Parlaments und des Rates vom 5. Dezember
2003 über die Erstellung der jährlichen
Statistiken der Gemeinschaft über die Stahl-
industrie für die Berichtsjahre 2003 bis
2009 (ABl. EU Nr. L 7 S. 1) 1
Verordnung (EG) Nr. 808/2004 des Europäischen
Parlaments und des Rates vom 21. April 2004
über Gemeinschaftsstatistiken zur Informations-
gesellschaft (ABl. EU Nr. L 143 S. 49) 2

Tagungen

Internationale Organisationen

26. CEIES-Seminar „Europäische Agrar-
statistiken“ 4
Dritte Internationale Agrarstatistikkonferenz 4

Sonstiges

Ad-Hoc-Befragung über Unternehmens-
kooperationen 2
Produktbegleitende Dienstleistungen in
der Industrie 2002 3
§ 7-Erhebung „Nachfrage nach Dienst-
leistungen“ 3

**GESUNDHEIT, SOZIALES,
PRIVATE HAUSHALTE**

Rechtsgrundlagen

Verordnung (EG) Nr. 2257/2003 des
Europäischen Parlaments und des Rates
vom 25. November 2003 zur Änderung
der Verordnung (EG) Nr. 577/98 des
Rates zur Durchführung einer Stichproben-
erhebung über Arbeitskräfte in der Gemein-
schaft im Hinblick auf die Anpassung der Liste
der Erhebungsmerkmale 1
Verordnung (EG) Nr. 29/2004 zur Annahme der
Spezifikationen des Ad-hoc-Moduls 2005
„Vereinbarkeit von Beruf und Familie“ vom
8. Januar 2004 1
Gesetz zur Durchführung einer Repräsentativ-
statistik über die Bevölkerung und den
Arbeitsmarkt sowie die Wohnsituation der
Haushalte (Mikrozensusgesetz 2005 –
MZG 2005) vom 24. Juni 2004 (BGBl. I S. 1350) . 2

Tagungen

Statistisches Bundesamt

FA Statistiken des Gesundheitswesens 3

Tagungen im Inland

ZUMA-Workshop „Der Mikrozensus als Daten-
quelle für die empirische Sozial- und Wirt-
schaftsforschung“ 1, 2

Vierte Nutzerkonferenz „Forschung mit dem
Mikrozensus: Analysen zur Sozialstruktur
und zum Arbeitsmarkt“ 4

Sonstiges

Sozialhilfe im Städtevergleich 2002/2003 1, 4

Abkürzungen

A	= Ausschuss
AG	= Arbeitsgruppe
AK	= Arbeitskreis
ASP	= Ausschuss für das Statistische Programm der EU
BIP	= Bruttoinlandsprodukt
BSP	= Bruttosozialprodukt
CEIES	= Europäischer Beratender Ausschuss für statistische Informationen im Wirtschafts- und Sozialbereich der EU
CEP	= Konferenz Europäischer Statistiker
CPA	= Statistische Güterklassifikation in Verbindung mit den Wirtschaftszweigen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft
CPC	= Zentrale Güterklassifikation
DACSEIS	= Data Quality in Complex Surveys within the New European Information Society
DGD	= Deutsche Gesellschaft für Demographie
DGINS	= Konferenz der Leiter der nationalen Statistischen Zentralämter
DIW	= Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung
DStatG	= Deutsche Statistische Gesellschaft
ECE	= Wirtschaftskommission der Vereinten Nationen für Europa
EDS	= Europäischer Datenservice
EFTA	= Europäische Freihandelszone
EG	= Europäische Gemeinschaften
EGKS	= Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
ESS	= Europäisches Statistiksistem
ESVG	= Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen
EVS	= Einkommens- und Verbrauchsstichprobe
EU	= Europäische Union
Eurostat	= Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften
EU-SILC	= EU-Statistiken zu Einkommen und Lebensbedingungen
EWR	= Europäischer Wirtschaftsraum
FA	= Fachausschuss
FATS	= Verordnungsentwurf zu gemeinschaftlichen Statistiken über die Struktur und Tätigkeit von Auslandsunternehmenseinheiten
FDZ	= Forschungsdatenzentren
GBE	= Informationssystem der Gesundheitsberichterstattung des Bundes
GENESIS	= Gemeinsames neues Statistisches Informationssystem des Bundes und der Länder
GESIS	= Servicezentrum für Mikrodaten der Gesellschaft Sozialwissenschaftlicher Infrastruktureinrichtungen
GISKO	= Geographisches Informationssystem der Europäischen Kommission
HVPI	= Harmonisierter Verbraucherpreisindex
ILO	= Internationale Arbeitsorganisation
IKT	= Informations- und Kommunikationstechnologie
ISIC	= Internationale Klassifikation der Wirtschaftszweige
KMU	= Kleine und mittlere Unternehmen
KOSIS	= Kommunales Statistisches Informationssystem
KSE	= Kostenstrukturerhebung im Bergbau und Verarbeitenden Gewerbe
NACE	= Statistische Systematik der Wirtschaftszweige in der Europäischen Gemeinschaft
NUTS	= Systematik der Gebietseinheiten für die Statistik (Eurostat)
OECD	= Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Q2004	= European Conference on Quality und Methodology in Official Statistics
RB	= Referentenbesprechung
SGB	= Sozialgesetzbuch
SNA	= System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen der Vereinten Nationen
UAG	= Unterarbeitsgruppe
UGR	= Umweltökonomische Gesamtrechnungen
UN	= Vereinte Nationen
URS	= Unternehmensregistersystem
VDSt	= Verband Deutscher Städtestatistiker
VGR	= Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen
VGRdL	= Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder
VN	= Vereinte Nationen
ZUMA	= Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim

**Personenregister zum Jahrgang 2004
der „Informationen aus der amtlichen Statistik“**

	<u>Nr.</u>		<u>Nr.</u>
Statistischer Beirat			
Ackermann, Till	2	Müller, Karl	1, 2, 4
Arnhold, Johann-Joachim	2	Nause, Günter	1
Börner, Thilo	3	Oppeln-Bronikowski von, Sibylle	3
Daniel, Wolfgang	2	Orth, Gerhard	2
Hasler, Jürgen	2	Pfaff, Heiko	1
Hemmerling, Udo	1	Polte, Volkhard	4
Hüper, Ernst	2	Radermacher, Walter	1
Jacob, Joachim	1	Reimann, Wolfgang	3
Knieps, Manfred	2	Reister, Matthias	1
Lingenthal, Rainer	2	Rosenow, Christiane	3
Lotz, Walter	2	Schmidt, Joachim	2
Lübking, Uwe	2	Schüler, Klaus	3
Lührs, Georg	4	Schulirsch, Marc	2
Malanowski, Nikolai	2	Stahmer, Carsten	2
Metzger, Ulrike	4	Weber, Udo	4
Pascher, Peter	1	Wilhelm, Rainer	1, 3, 4
Reuter, Norbert	3	Zifonun, Natalie	1, 4
Röll, Bernd	2	Zwick, Markus	4
Rybak, Hubertus	2		
Schaar, Peter	1		
Statistisches Bundesamt		Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung	
Angermann, Oswald	1	Grünheid, Evelyn	1
Bender, Ralf	3	Mammey, Ullrich	1
Bleses, Peter	4	Schulz, Reiner	1
Brand, Ruth	4		
Breidenstein, Werner	3	Statistische Ämter der Länder	
Breiholz, Holger	1, 2	Baden-Württemberg	
Buchholz, Birgit	2	Burkard, Reinhard	3
Buchwald, Wolfgang	1, 2	Fischer, Bertold	3
Chlumsky, Jürgen	4	Hadam, Reinhard	4
Dittrich, Stefan	3	Loreth, Hans	3
Eberhardt, Winfried	1	Schittenhelm, Günter	1
Frank-Bosch, Birgit	1, 3	Sinner-Bartels, Barbara	4
Geyer-Schäfer, Klaus	3	Votteler, Martin	4
Glaab, Hermann	1		
Gnoss, Roland	3	Mecklenburg-Vorpommern	
Grobecker, Claire	1	Boldt, Ulrich	1
Grundmann, Thomas	4	Gabka, Dieter	1
Günther, Roland	4	Hellwig, Rolf	1
Heppt, Ehrenfried	3	Troegel, Thomas	1
Hetmeier, Heinz-Werner	2		
Hoffmann, Ulrich	1, 4	Saarland	
Jungkenn, Ernst	1, 3	Barth, Johannes	1
Kiese, Sigrid	4	Pfaff, Marie-Luise	1
Klemt, Dieter	4	Schneider, Karl	1
Kordsmeyer, Volker	3		
Koufen, Sebastian	3	Sachsen	
Krack-Roberg, Elle	1	Biele, Hartmut	2
Kuhn, Michael	1	Schneider-Böttcher, Irene	2
Lindenstruth, Thomas	1		
Linz, Stefan	2		

Haus- und Lieferadresse: Gustav-Stresemann-Ring 11, 65189 Wiesbaden
Statistisches Bundesamt, 65180 Wiesbaden
Telefax: +49 (0) 611 / 724000 Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: post@destatis.de

Zweigstelle Bonn
Haus- und Lieferadresse: Graurheindorfer Straße 198, 53117 Bonn
Postfach 170377, 53029 Bonn
Telefax: +49(0)1888 6448990 Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: post@destatis.de

i-Punkt Berlin Internet: <http://www.destatis.de> E-Mail: i-punkt@destatis.de
EDS Europäischer Datenservice Internet: <http://www.eds.destatis.de> E-Mail: eds@destatis.de
Haus- und Lieferadresse: Otto-Braun-Straße 70/72, (Eingang Karl-Marx-Allee) 10178 Berlin
Postfach 11 01 02, 10831 Berlin, Telefon: +49 (0) 1888 / 644 9427/28
Telefax: +49 (0) 1888 / 644 9430

Telefonische Erreichbarkeit für alle Dienststellen:
+49 (0) 611 / 75-1 Bei Durchwahl: 75 und Hausanschluss-Nr. neben dem Namen wählen
+49 (0) 1888 / 644-1 Bei Durchwahl: 644 und Hausanschluss-Nr. neben dem Namen wählen

Präsident^{a)}
Hahlen 2100
Fax: 753183

Vizepräsident
Radermacher 2200
Fax: 753183

Bundeswahlleiter:
Präsident Hahlen 2100
Vertreter: Direktor beim Statistischen Bundesamt
Glaab 2160

Allgemeine Verbindung zum Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
Geschäftsführer: LRD Glöckler 2753
Vertreter: ORR Schmidt 2632
Fax: 752538

ORGANISATIONSPLAN

Stand: 21. Februar 2005
Geschäftszeichen: ZA/13010010-R1Plan

